

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2006-2010**

Juli 2006

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2006-2010

Jahresmodell LIMA/99

Juli 2006

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Robert Kunst

Ulrich Schuh

Edith Skriner

Ludwig Strohner

Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Bernhard Felderer
☎: +43/1/59991-125
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh
☎: +43/1/599 91-148
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	17
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	18
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	20
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	21
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	21
	Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real	22
	Abbildung: Inflationsrate in Österreich	25
5.	Monetäre Prognose	28
	Tabellenanhang	30

1. Einleitung und Zusammenfassung

Verfestigung des Wirtschaftswachstums

Die österreichische Wirtschaft wird im Zeitraum 2006 bis 2010 um durchschnittlich 2.2 % und damit um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte schneller als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre wachsen. Nach der leichten Abschwächung im Jahr 2005 belebt sich heuer die österreichische Wirtschaft kräftig und schwenkt im restlichen Prognosezeitraum auf einen stabilen Wachstumspfad ein. Im heurigen Jahr wird mit einem Wachstum von 2.5 % der Konjunkturböschung erreicht, aber auch in den Folgejahren fällt das Wachstum nicht unter die 2-Prozent-Marke. Diese Prognose unterstellt, dass die sogenannte Outputlücke (Differenz zwischen aktuellem Output und Potenzialoutput) bis zum Ende des Prognosezeitraums geschlossen wird. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg gesehen wird die österreichische Wirtschaft damit etwas schneller als die des Euroraums wachsen (2 %). Einen wesentlichen Wachstumsmotor stellt weiterhin die Exportwirtschaft dar. Im Gegensatz zu den vergangenen fünf Jahren belebt sich die Binnenkonjunktur. Nach einer Stagnation ziehen die Investitionen kräftig an und auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte stützen die Konjunktur.

Nach der geringfügigen Verlangsamung im Vorjahr entwickelt sich die Weltwirtschaft gegenwärtig recht dynamisch. Trotz der hohen Energiepreise wächst die Wirtschaft in den USA und Asien weiterhin kräftig. Nach einem eher verhaltenem Wachstum zu Beginn des heurigen Jahres hat sich die Konjunktur im Euroraum deutlich beschleunigt. Eine positive Wirtschaftsdynamik weisen auch die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf. Im nächsten Jahr wird sich die Weltkonjunktur etwas verlangsamen, wobei dämpfende Effekte insbesondere von der US-Wirtschaft ausgehen werden. Im weiteren Prognosezeitraum bleibt die Weltwirtschaft auf einem stabilen Wachstumspfad. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg wachsen die Wirtschaften der OECD-Länder um durchschnittlich $2\frac{3}{4}$ %. Für die Länder im Euroraum wird ein durchschnittlicher Zuwachs in der Wirtschaftsleistung von 2 % erwartet, für Deutschland wird dabei ein Wachstum von $1\frac{1}{2}$ % unterstellt. Die vorgelegte Prognose geht davon aus, dass größere Schocks in den nächsten fünf Jahren ausbleiben. Konkret nimmt die Prognose einen stabilen USD/EUR-Wechselkurs sowie kein weiteres Ansteigen der Energiepreise an.

Nach einem verhaltenem Wachstum in den Vorjahren wird der private Konsum in Österreich wiederum zu einer Stütze der Konjunktur. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Konsums der privaten Haushalte wird sich auf knapp 2 % belaufen. Im Großen und Ganzen verläuft dabei die Konsumententwicklung parallel zu jener der Realeinkommen, sodass die Sparquote im Prognosezeitraum annähernd konstant bleibt.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre war die reale Investitionstätigkeit leicht rückläufig. Während die Ausrüstungsinvestitionen stagniert haben, sind die Bauinvestitionen um durchschnittlich knapp $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt gefallen. Im Prognosezeitraum beschleunigt sich die Investitionstätigkeit merklich. Die Investitionen werden bis zum Jahr 2010 um durchschnittlich knapp 3 % wachsen, wobei sich die Aus-

rüstungsinvestitionen mit 3 ½ % kräftiger als die Bauinvestitionen mit 2 % beschleunigen. Die Entwicklung bei den Ausrüstungen erklärt sich durch die Nachzieheffekte sowie durch die konjunkturbedingte Belebung. Hinsichtlich der Baukonjunktur wird unterstellt, dass die Stabilisierung in der Bauwirtschaft im Prognosezeitraum (Infrastrukturinvestitionen, Wohnbau) anhält.

In den letzten fünf Jahren hat sich der Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft weiter fortgesetzt. Die realen Exporte sind in diesem Zeitraum um durchschnittlich 6 % angewachsen. Damit konnte die österreichische Exportwirtschaft, trotz der Aufwertung des Euro gegenüber dem USD, Marktanteile gewinnen. Auch im Prognosezeitraum sind die Exporte ein wesentlicher Motor der Konjunktur. Die realen Exporte im weiteren Sinn laut VGR werden im Zeitraum 2006 bis 2010 um durchschnittlich knapp 6 % wachsen, die Warenexporte werden dabei um 7 % zulegen. Aufgrund der Belebung der Binnennachfrage zieht auch die Importtätigkeit an. Das Wachstum der Importe im weiteren Sinn laut VGR wird sich auf durchschnittlich 5 ¾ % belaufen. Die Stärke der österreichischen Exportwirtschaft lässt sich auch an der Leistungsbilanz ablesen. Während in der Vergangenheit meist Defizite verzeichnet wurden, betrug der Überschuss in der Leistungsbilanz 2005 bereits 1.2 % des BIP, bis 2010 könnte sich der Leistungsbilanzüberschuss bis auf 2 % des BIP ausweiten.

Trotz verhaltener Konjunktur betrug der Preisauftrieb im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 2 %. Dieser doch relativ hohe Anstieg erklärt sich primär aus der Entwicklung der Energiepreise. Für den Prognosezeitraum wird ein durchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise von 1 ¾ % erwartet, wobei die Inflationsrate die 2-Prozent-Marke in keinem Jahr erreichen wird. Das Institut geht davon aus, dass der starke Anstieg der Energiepreise weiterhin keine ausgeprägten Zweitrundeneffekte auslöst. Weder von der Wechselkursentwicklung noch von den Rohstoffpreisen sollten preistreibende Effekte ausgehen. Aufgrund der weiterhin moderaten Lohnpolitik steigen auch die Lohnstückkosten nur verhalten.

Auf dem Arbeitsmarkt werden im Prognosezeitraum kräftige Beschäftigungszuwächse erwartet. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne KindergeldbezieherInnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) wird um durchschnittlich 1 % pro Jahr zulegen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums werden daher laut Prognose 150,000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Aufgrund des weiterhin kräftig expandierenden Arbeitskräfteangebots schlägt sich dieser Beschäftigungsanstieg nur teilweise in einem Rückgang der Arbeitslosenquote nieder. Laut Modellprognose sinkt die Arbeitslosenquote (nationale Definition) bis zum Jahr 2010 auf 6.8 %. Die Arbeitslosenquote laut EUROSTAT-Definition könnte bis auf 4.8 % zurückgehen.

Das Ziel eines ausgeglichenen Budgets und die Nachwirkungen der Steuerreform 2005 dominieren die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Für heuer rechnet das Institut mit einem Budgetdefizit laut Maastricht-Definition von 1.8 %. Für die Folgejahre unterstellt diese Prognose, dass die Defizitziele des Stabilitätsprogramms eingehalten werden. Dies ist sicherlich möglich, erfordert aber große Disziplin auf der Ausgabenseite.

Die wesentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik liegt weiterhin in der Setzung geeigneter Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Österreich. Das Institut begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, ein über dem Zyklus hinweg ausgeglichenes Budget zu erzielen. Dies erfordert aber weitgehende Reformschritte bei der Verwaltung und im Bereich des Finanzausgleichs. Die Anstrengungen zur Reform der öffentlichen Verwaltung, einschließlich Subventionsabbau, Überprüfung von Transfers, Reform des öffentlichen Dienstrechtes, E-Government, etc. dürfen daher nicht nachlassen. Darüber hinaus sollte eine Manövriermasse für eine weitere Reduktion der Abgabenquote, die im Rahmen eines Gesamtkonzeptes eines wachstumsorientierten zukünftigen Steuersystems erfolgen sollte, geschaffen werden. Nach den positiv zu bewertenden Reformschritten bei der Körperschaftssteuer wird der Steuerwettbewerb beim Lohn- und Einkommensteuertarif weitere Veränderungen notwendig machen. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist auch eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten wünschenswert. Darüber hinaus sind wirtschaftspolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Stärkung der Innovationskraft und Verbesserung der Infrastruktur (Verkehrsverbindungen, Forschung und Entwicklung, Bildung) zu begrüßen.

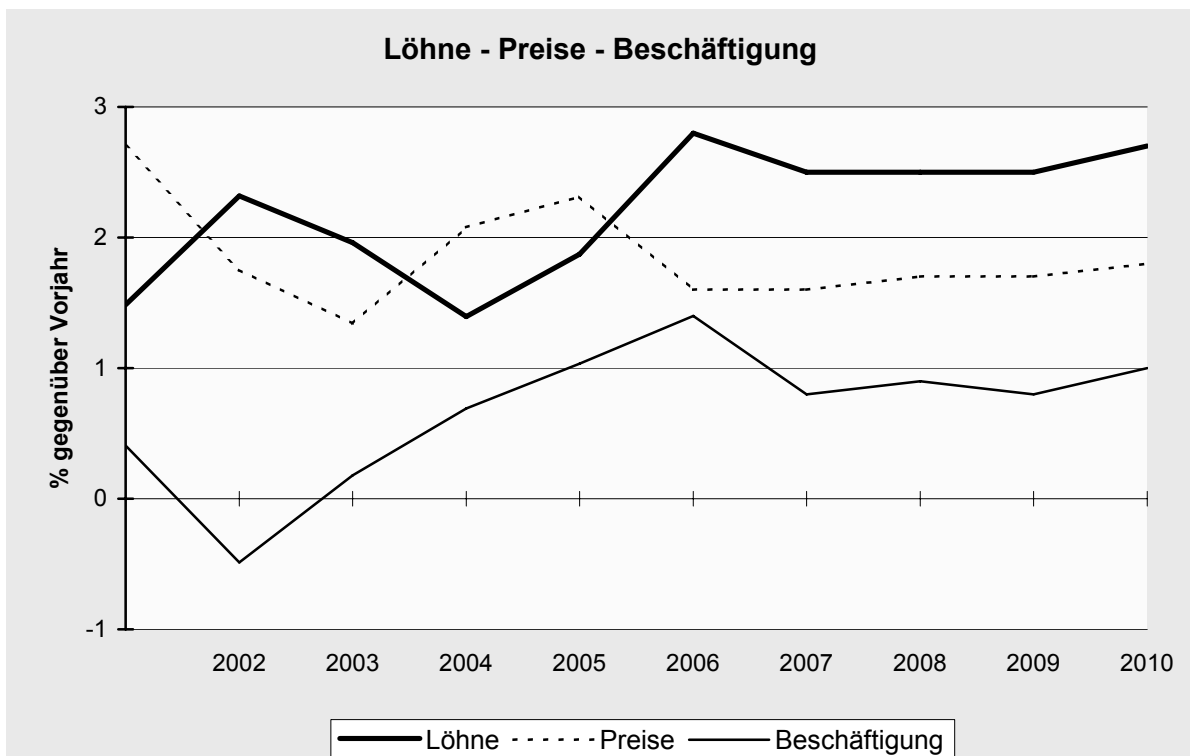
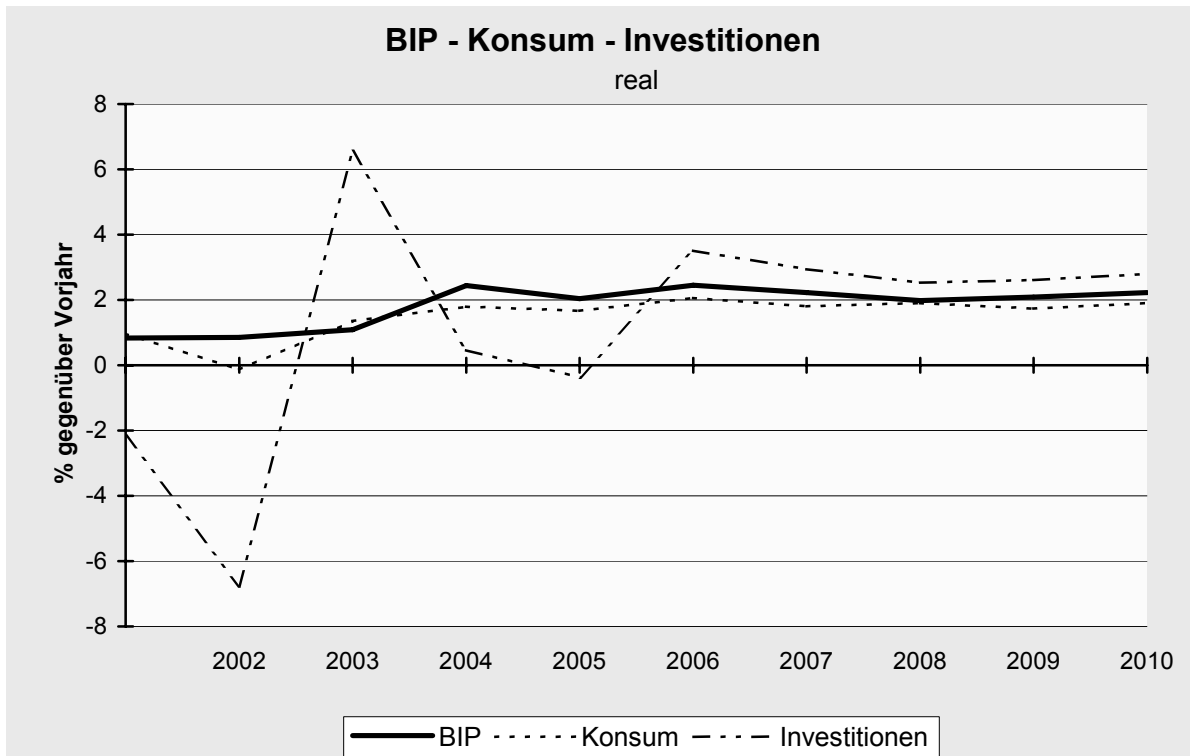
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

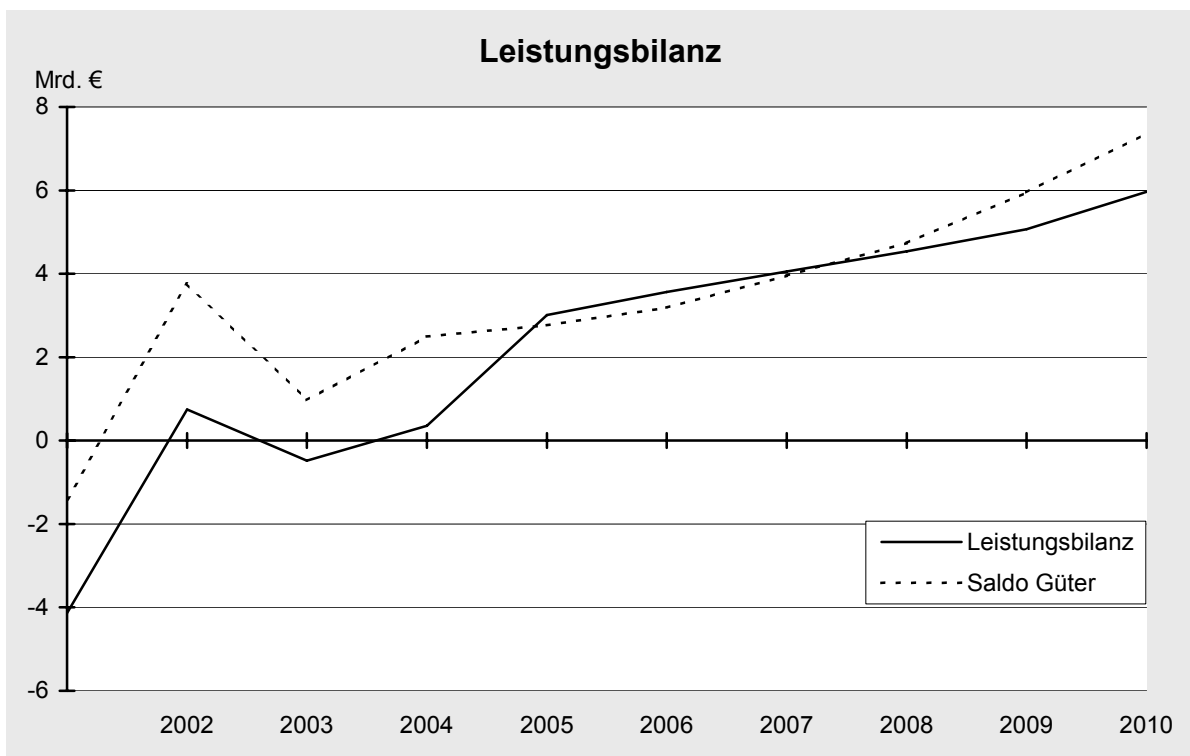
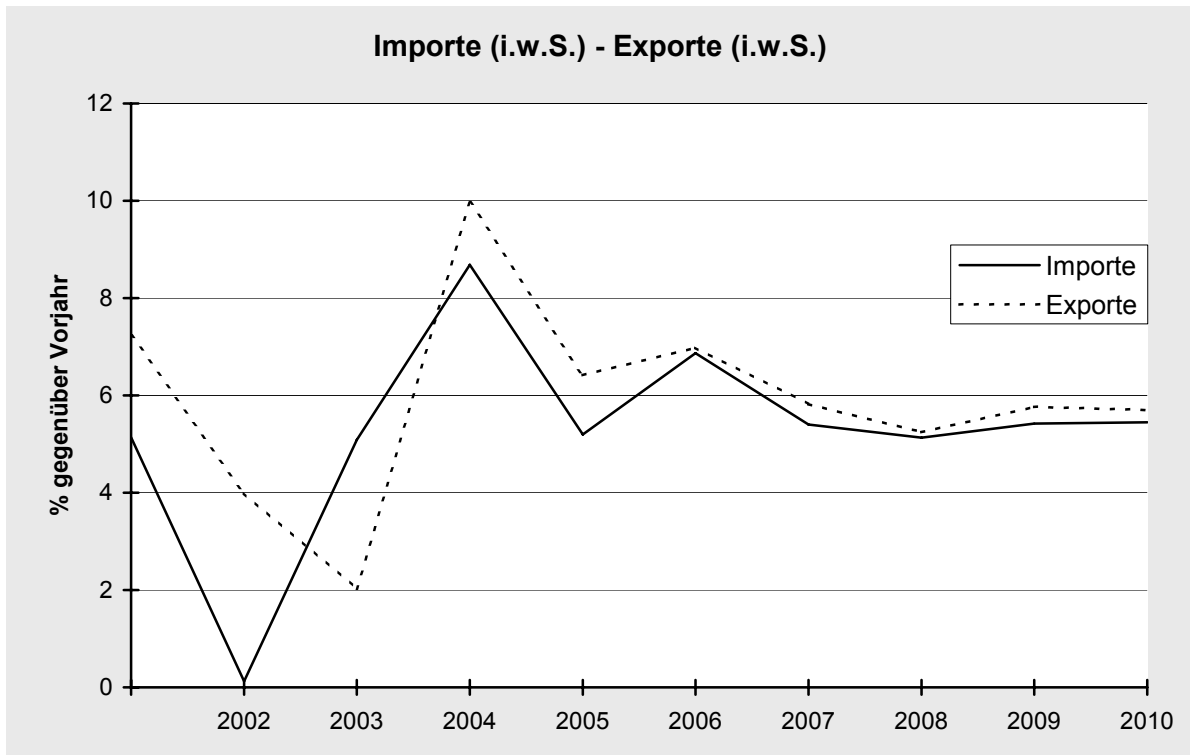
	2001-2005	2006-2010
Bruttoinlandsprodukt, real	1.5	2.2
Privater Konsum, real	1.1	1.9
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-0.6	2.9
Ausrüstungsinvestitionen, real	-0.1	3.6
Bauinvestitionen, real	-0.4	2.1
Inlandsnachfrage, real	0.7	1.9
Exporte i.w.S., real	5.9	5.9
Waren, real (laut VGR)	6.4	7.0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.4	1.8
Importe i.w.S., real	4.8	5.7
Waren, real (laut VGR)	5.5	6.4
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.9	1.8
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.4	1.0
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*)	6.9	6.9
Arbeitslosenquote: EUROSTAT-Definition*)	4.4	4.9
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.8	2.6
Preisindex des BIP	1.6	1.7
Verbraucherpreisindex	2.0	1.7
3-Monats-Euroanleihen-Rendite*)	2.7	3.3
10-Jahres-Euroanleihen-Rendite*)	4.3	4.4
Leistungsbilanz (in Mrd. Euro)*)	-0.1	4.6

*) absolute Werte.

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Im Zeitraum 2001 bis 2005 wuchs die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt um 2.7 %, die realen Handelsströme legten um 5.2 % zu. Die Entwicklung in diesem Zeitraum war gekennzeichnet von steigenden Rohstoffpreisen, fallenden Zinsen und politischen Unsicherheiten. Während sich die Wirtschaft des Euroraums unter anderem aufgrund der Wechselkursentwicklung – der Euro hat gegenüber dem USD an Stärke gewonnen – kaum erholte, verzeichnete die Wirtschaft Asiens eine starke Belebung. Die chinesische und die indische Wirtschaft wiesen dabei die stärkste Dynamik auf. Nach der jahrelang andauernden Rezession setzte in der japanischen Wirtschaft der konjunkturelle Aufschwung ein.

Im Jahr 2001 verzeichnete die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft einen Tiefpunkt. Aufgrund von massiven Preissteigerungen, darunter vor allem bei Rohöl, begannen die Unternehmensgewinne zu sinken, womit auch die lang erwartete Korrektur auf den Finanzmärkten einsetzte. Die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse schrumpften in den Jahren 2001 und 2002 um 18 % jährlich. In den Jahren 2003 und 2004 wurde die Weltwirtschaft vom historisch niedrigen Zinsniveau, von der Festigung der Finanzmärkte und von einer wachsenden Investitionsbereitschaft der Unternehmer stimuliert. Aufgrund der belebten Nachfrage weltweit, haben sich jedoch auch die Rohstoffe (inklusive Rohöl) stark verteuert. Im Jahr 2004 erreichte die Weltwirtschaft, mit einem Wachstum von 4 %, den konjunkturellen Höchststand. Im Jahr 2005 begannen die Zinsen zu steigen und die Teuerung bei den Rohstoffpreisen verlangsamte sich.

Zu Beginn des Prognosezeitraums bleibt die Weltwirtschaft trotz hoher Energiepreise robust. Um die Inflation zu drosseln, setzen viele Nationalbanken den Kurs der geldpolitischen Straffung fort. Die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse verlieren an Dynamik. Während sich in Amerika und Asien eine leichte Abkühlung in der Konjunktorentwicklung bemerkbar macht, beginnt der Aufschwung im Euroraum zu greifen. Die Weltkonjunktur wird sich 2007 abschwächen. Durch das Abkühlen der Nachfrage wird sich jedoch auch die Inflation verlangsamen. Der obere Wendepunkt in der Zinsentwicklung dürfte daher im nächsten Jahr durchschritten werden. In den Jahren 2008 bis 2010 wird die globale Wirtschaftsentwicklung wieder an Fahrt dazugewinnen. Im Prognosezeitraum wird der globale Handel mit Waren voraussichtlich um 6.2 % wachsen. Das Wirtschaftswachstum der industrialisierten Länder wird durchschnittlich $2\frac{3}{4}$ % betragen, verglichen mit 2.1 % in den vergangenen fünf Jahren. In den *Emerging Markets* wird der Zuwachs deutlich über der Wachstumsrate der industrialisierten Länder liegen. Der auf hohem Niveau volatile Ölpreis stellt einen Risikofaktor in der zukünftigen Entwicklung der globalen Wirtschaft dar.

Während der Rohölpreis im Zeitraum 2001 bis 2005 im Durchschnitt 33.9 USD pro Fass ausmachte, wird der Prognose ein Preis von 63 USD zugrunde gelegt. Angesichts der konjunkturellen Abschwungphase dürfte die Nachfrage nach Rohöl um jährlich 1 % zulegen. Im Vergleich dazu wuchs die weltweite Rohölnachfrage in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.5 %. Dabei stieg die Nach-

frage im Jahr 2004 um 4.8 %. Wechselkursseitig erwartet das Institut, dass sich der Euro gegenüber dem USD in den kommenden Jahren stabilisiert und geht daher in der Prognose von einem Durchschnittswert von 1.27 USD aus.

In den Jahren 2001 bis 2005 wuchs die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 2.4%. Am Beginn des Beobachtungszeitraums stagnierte die Wirtschaft der Region. Die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse brachen ein, und es galt den Preisverfall bei Rohstoffen (ohne Rohöl) und landwirtschaftlichen Produkten zu überwinden. Danach setzte ein Aufschwung ein, der vor allem von den exportorientierten Branchen Lateinamerikas ausging. Im Jahr 2004 wuchs die Wirtschaft um knapp 5.8 %. Im vergangenen Jahr haben vor allem niedrigere Zinsen und die nachlassende Teuerung bei den Verbraucherpreisen die Wirtschaftsentwicklung der Region stimuliert. Laut *Economist Intelligence Unit* wird das BIP der Region in den nächsten fünf Jahren um jährlich 4 % zunehmen. Der Export bleibt belebt, stärker als in den vergangenen Jahren wird sich die Inlandsnachfrage entwickeln.

Die Wirtschaft Asiens wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 3.7 %. Nach den turbulenten Ereignissen in den Jahren 1997 bis 2001, schwächte im Jahr 2002 die Lungenkrankheit SARS die Wirtschaftsleistung von Singapur, Hongkong und Taiwan. In den folgenden Jahren verzeichneten alle Länder der Region ein starkes exportorientiertes Wachstum. Die stärksten Impulse gingen jedoch von der Nachfrage Chinas und Indiens aus. Das Wirtschaftswachstum Chinas betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 9.5 %. Die rege Investitionstätigkeit in der chinesischen Wirtschaft wird auch in den nächsten Jahren bestehen bleiben, was bedeutet, dass China auch weiterhin der Wachstumsmotor der Region bleibt. Das indische BIP stieg in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 6.8 %. Das Wirtschaftswachstum Asiens wird im Prognosezeitraum 4 % im Jahresdurchschnitt ausmachen. Die Abhängigkeit des asiatischen Wirtschaftsraums von den Exporten in die USA und nach Europa ist im Abnehmen begriffen.

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft der EU um 1.7 %, im Euroraum betrug das Wachstum 1.4 %. Am langsamsten entwickelten sich die deutsche und die italienische Wirtschaft. Im Jahr 2001 setzte eine starke Abschwächung der Konjunktur des Euroraums ein und hielt bis 2003 an. Eine wesentliche Ursache dafür bildete die Wechselkursentwicklung, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit der Ländergruppe deutlich verschlechtert hat. Trotz der vorherrschenden Hochkonjunktur in der Weltwirtschaft im Jahr 2004 konnte die Wirtschaft des Euroraums daher nur wenig davon profitieren. Ein Anpassungsprozess wurde jedoch eingeleitet, um gegen die Konkurrenz aus Osteuropa und Asien bestehen zu können. Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen wurden erfolgreich durchgeführt. Die Binnennachfrage entwickelte sich hingegen bislang sehr verhalten. Hier mangelt es am Vertrauen der Konsumenten, das wegen der unsicheren Beschäftigungslage gedämpft bleibt. Strukturreformen, die auf eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt abzielen, sind bislang noch nicht erfolgreich umgesetzt worden.

Seit Jahresbeginn haben sich auch in Europa die konjunkturellen Perspektiven aufgehellt. Für 2006 erwartet das Institut für die EU-25 ein BIP-Wachstum von 2 ¼ %. Im Euroraum wird das BIP um 2 % zunehmen. Die größten Impulse werden von der Außenwirtschaft erwartet. Die güterverarbeitende

Industrie profitiert von der Nachfragestärke der Weltwirtschaft. Dies gilt insbesondere für Deutschland, dessen Wirtschaft sich auf qualitativ hochwertige Investitionsgüter spezialisiert hat. Es zeichnet sich auch eine Belebung in der Konsumnachfrage ab. Ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum ist es, die Schulden der öffentlichen Hand abzubauen. Das Wirtschaftswachstum der EU wird im Prognosezeitraum im Jahresdurchschnitt $2\frac{1}{4}\%$ betragen.

2.2. Länderprognosen

In den Jahren 2001 bis 2005 wuchs die **deutsche** Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um nur 0.7 %. Die schwache Entwicklung ist auf eine Reihe von Schocks zurückzuführen, wie die deutsche Einheit mit ihren Aufbaulasten, die Krise im Baugewerbe, der Unsicherheit nach dem Platzen der Aktienkursblase im Jahr 2000, der Aufwertung des Euro in den Jahren 2002 bis 2004 und dem Anstieg des Ölpreises. All das hat die Wirtschaft belastet und führte zu einer Stagnation der Inlandsnachfrage. Die schlechte Beschäftigungslage und die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Einkommensentwicklung der Haushalte hat zur Zurückhaltung bei den Konsumausgaben geführt. Die Bauindustrie erwies sich jedoch als größter Schwachpunkt in der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Besonders starke Rückgänge wurden im privaten Wohnbau verzeichnet. Nach der Wiedervereinigung hat in Deutschland ein Bauboom eingesetzt. Die dadurch entstandenen Überkapazitäten haben dazu geführt, dass sich der Bedarf an Neubauten in den folgenden Jahren rückläufig entwickelte. Positiv erwies sich hingegen in den vergangenen fünf Jahren die deutsche Außenwirtschaft. Die Exporte legten – trotz der globalen Nachfrageschwäche und der Wechselkursentwicklung – zu. Durch niedrige Exportpreise gelang es der deutschen Wirtschaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Inflationsrate nahm in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.6 % zu. Damit lag die Teuerung unter dem Wert der EU. Die Arbeitslosenquote belief sich im Jahresdurchschnitt auf 8.7 %.

Während sich der Sektor unternehmensnaher Dienstleistungen rapide entwickelte, hat sich der Anteil der klassischen Industrie an der Wertschöpfung seit 1970 halbiert. Die Probleme lagen in den hohen Lohnkosten und an der Regulierungsdichte des Landes. Um die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer zu stoppen, musste daher der Wirtschaftsstandort Deutschland aufgewertet werden. Inzwischen hat die deutsche Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zum Rest des Euroraums wiedererlangt. Im *"Global Competitiveness Index"*, den das *World Economic Forum* im vergangenen September vorlegte, landete Deutschland auf dem fünfzehnten Platz und schnitt damit besser als Frankreich, Spanien und Italien ab. Insgesamt ist es der deutschen Wirtschaft gelungen, die Lohnstückkosten vor allem im verarbeitenden Gewerbe deutlich zu senken. Viele Firmen haben die Lohnkosten je Arbeitsstunde verringert, indem sie die regelmäßige Wochenarbeitszeit ohne entsprechenden Lohnausgleich verlängert haben. Eine Senkung der Lohnstückkosten bringt auf mittlere Sicht mehr Beschäftigung und damit mehr Konsum und auch ein höheres Wirtschaftswachstum. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist die dringlichste Aufgabe der großen Koalition. So könnte auf längerfristige Sicht ein Spielraum zur Senkung der Steuersätze und für höhere Investitionen des Staates entstehen. Durch eine konsequente Sparpolitik bei den öffentlichen Ausgaben sowie durch den raschen Abbau von Finanzhilfen dürften sich das Budgetdefizit und die Verschuldungsquote des

Staates deutlich verringern. Das Wirtschaftswachstum wird in den kommenden Jahren um durchschnittlich 1 ½ % zulegen. Die Inflation dürfte dabei bei 2 % liegen. Die Arbeitsmarktreform Hartz IV gibt der Angebotsseite zwar einen Impuls, sie ist jedoch nicht ausreichend um ein dauerhaftes Beschäftigungswachstum zu schaffen.

Wie in Deutschland so verzeichnete auch die **italienische** Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren ein sehr schwaches Wirtschaftswachstum. Die dynamische Entwicklung und die Flexibilität, traditionelle Merkmale der italienischen Wirtschaft, sind verloren gegangen. In den Jahren 2001 bis 2005 betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum daher nur 0.6 %. Der Hauptgrund für das schleppende Wirtschaftswachstum geht auf die Marktanteilsverluste im Export zurück. Deutlich schwächer als in den Nachbarländern erwies sich daher die Dynamik in der exportorientierten Wirtschaft. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Exportwirtschaft kann nun nicht mehr durch Währungsabwertungen kompensiert werden. Die dadurch notwendig gewordenen Strukturereformen (etwa verstärkte Anreize zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, Förderung von Forschung und Entwicklung und die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes) wurden jedoch noch nicht erfolgreich umgesetzt. In den vergangenen fünf Jahren erwies sich die Inlandsnachfrage als Stütze der Konjunktur. Insbesondere entwickelten sich die Ausgaben der öffentlichen Hand und die Investitionstätigkeit im Bausektor relativ robust. Ein Erfolg konnte auch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt werden. Die Arbeitslosenquote fiel von 9.1 % im Jahr 2001 auf 7.7 % im Jahr 2005. Die Inflationsrate betrug in den Jahren 2001 bis 2005 2.4 % und lag somit über dem Durchschnittswert des Euroraums.

Aus mittelfristiger Sicht dürfte sich das Wirtschaftswachstum Italiens in den kommenden Jahren wieder stärker beschleunigen. Im Prognosezeitraum wird die Wachstumsrate im Jahresdurchschnitt auf 1 ½ % geschätzt. Bereits im laufenden Jahr weiten sich die Wirtschaftsaktivitäten deutlich stärker als in den vergangenen Jahren aus. Mit dem Auslaufen des Wechselkurseffekts kann man mit einer schwachen Belebung der Nachfrage nach italienischen Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland rechnen. Insbesondere gewinnt die Binnennachfrage an Dynamik. Bei den Konsumausgaben wird der Zuwachs deutlich stärker als in den vergangenen Jahren ausfallen und es wird mehr in Ausrüstungsgüter investiert. Aufgrund der Zinsentwicklung werden sich die Aktivitäten in der Bauindustrie etwas verhaltener ausweiten. Die Notwendigkeit einer Budgetkonsolidierung von Seiten der öffentlichen Hand lässt die stimulierenden Maßnahmen für die Wirtschaft geringer ausfallen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte ins Stocken geraten. Bei den Verbraucherpreisen ist in den nächsten Jahren mit einem jährlichen Anstieg von mehr als 1.5 % zu rechnen.

Die Wirtschaft **Frankreichs** entwickelte sich in den vergangenen Jahren deutlich robuster als die deutsche oder italienische Wirtschaft. Im Zeitraum 2001 bis 2005 betrug das Wachstum im Jahresdurchschnitt 1.5 %. Die Haushaltsnachfrage bildete die treibende Kraft in der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Die Konsumausgaben stiegen in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt um 2.4 %. Das verfügbare Einkommen ist in den Jahren 2003 bis 2005 real gesunken, zurückzuführen auf langsamer wachsende Löhne und Gehälter und auf die höhere Steuerbelastung. Die Sparquote ist folglich gesunken. Die französische Außenwirtschaft litt in den vergangenen Jahren an der schwachen

Binnennachfrage im Euroraum, insbesondere beim wichtigsten Handelspartner Deutschland. Den moderat wachsenden Exporten standen hohe Importraten gegenüber. Somit schrumpfte der Außenhandelsüberschuss von 2001 bis 2003. In den vergangenen zwei Jahren wies dieser Sektor ein Defizit mit ansteigender Tendenz aus. Die Staatsfinanzen haben sich in den vergangenen fünf Jahren stetig verbessert. Im Jahr 2005 hat sich das Budgetdefizit (Maastricht Definition) auf 2.9 % des BIP verringert. Die 35-Stunden-Woche hat den Arbeitsmarkt bislang nicht wesentlich entlastet. Die Arbeitslosenquote stieg von 8.4 % im Jahr 2001 auf 9.5 % im Jahr 2005. Die Inflation betrug in den vergangenen fünf Jahren nur 1.9 % im Durchschnitt. Die hohen Energie- und Rohstoffpreise wurden nur zum Teil auf die Verbraucher überwältzt.

Im Prognosezeitraum wird das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Frankreichs bei 1 ¾ % liegen. Der Grund dafür ist in der lahmen Außenwirtschaft zu sehen. Die Inlandsnachfrage dürfte sich hingegen auch in den kommenden Jahren um 2 % ausweiten. Die Zuwachsraten beim privaten Konsum werden sich geringfügig abschwächen, eine leichte Wachstumsbeschleunigung wird es bei den Anlageinvestitionen geben. Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden weiterhin verhalten bleiben, mit dem Ziel das Budgetdefizit abzubauen. Die Teuerungsrate dürfte 1.5 % ausmachen, und auf dem Arbeitsmarkt ist eine Stabilisierung in Sicht.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** entwickelte sich in den vergangenen fünf Jahren mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.5 % sehr robust. Der Arbeitsmarkt verbesserte sich dabei. Die Inflation stieg um 2.4 %. Während die gezielte Geld- und Fiskalpolitik in den vergangenen Jahren zur makroökonomischen Stabilität beigetragen hat, konnten die strukturellen Probleme in der güterverarbeitenden Industrie nicht abgebaut werden. Die güterverarbeitende Industrie schlitterte 2001 in eine Rezession, die erst 2002 endete. Durch das Wechselkursverhältnis des Britischen Pfund zum Euro und zum USD hatten ausländische Produkte gegenüber den inländischen Erzeugnissen einen Preisvorteil. Die Importe nahmen stärker zu, als die Exporte was in den Jahren 2001 bis 2005 zu einer deutlichen Verschlechterung des Außenbeitrags führte. In den Jahren 2001 bis 2004 verzeichnete die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs eine starke Konsumnachfrage, die sich jedoch im Jahr 2005 abschwächte. Die Gründe dafür sind die hohe Verschuldung, die Energiekosten und die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Beschäftigung. Durch die Zurückhaltung der Konsumenten hat sich der Immobilienmarkt abgekühlt. In den Jahren 2001 bis 2005 sank die Arbeitslosenquote von 5.0 % auf 4.7 %. Die Inflation betrug im Jahresdurchschnitt 2.4 %.

Im Jahr 2006 ist die Schwächephase des Vorjahres überwunden. Der private Konsum, der sich im vergangenen Jahr deutlich abgeschwächt hat, legt heuer wieder stärker zu. Die Exportwirtschaft erzielt ein solides Wachstum, was auf die robuste Konjunktur in der Weltwirtschaft zurückzuführen ist. In den kommenden Jahren dürften die Voraussetzungen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum bestehen bleiben. Bessere Bedingungen werden es in der güterverarbeitenden Industrie geben, da die preistreibenden Tendenzen bei Rohöl und bei den anderen Rohstoffen nachlassen werden. Der Wertgewinn des Euro gegenüber dem Britischen Pfund bringt einen Wettbewerbsvorteil der exportorientierten Wirtschaft des Vereinigten Königreichs im Vergleich zum Euroraum mit sich, wodurch sich der außenwirtschaftliche Sektor beleben wird. Die Investitionen in Ausrüstungsgüter werden stärker zu-

nehmen als in den vergangenen Jahren. Bei den Bauinvestitionen ist hingegen eine Wachstumsabschwächung in Sicht. Die Konsumnachfrage bleibt die Stütze der Konjunktur. Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs um 2 ½ % wachsen. Die Inflation dürfte im Jahresdurchschnitt 2 % betragen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich auf 4.6 % sinken.

Die **Schweiz** zählt zwar zu den reichsten Ländern der Welt, das Wirtschaftswachstum ist jedoch im Vergleich zu den anderen OECD Ländern niedrig. In den Jahren 2001 bis 2005 wuchs das Schweizer BIP um durchschnittlich 1 %. Die Ursache für das schwache Wirtschaftswachstum ist auf strukturelle Faktoren zurückzuführen. In den Jahren 2001 bis 2003 wurden in der Schweizer Wirtschaft keine Produktivitätsfortschritte erzielt, was zu einer Schwächung der güterverarbeitenden Industrie führte. Als kleine, offene Wirtschaft hat die Außenwirtschaft des Landes jedoch eine besondere Rolle. Mit dem starken Wertgewinn des SFR gegenüber den wichtigsten Handelswährungen im Jahr 2001 brachen die Exporte ein, und die Industrie der Schweiz geriet in eine Rezession. Nach einer Stagnation im Jahr 2002 verzeichnete das Schweizer Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 einen Rückgang von 0.3 %. Die schlechte Stimmung breitete sich auf alle Wirtschaftsbereiche aus. Preissteigerungen konnten nicht weitergegeben werden, und die Arbeitslosigkeit nahm wieder zu. In den Jahren 2004 und 2005 befand sich die Schweizer Außenwirtschaft im Aufwind. Die internationale Nachfrage hat stark zugenommen und gleichzeitig verlor der SFR gegenüber dem Euro an Wert. Auch hat sich in den vergangenen zwei Jahren die Produktivität der Schweizer Wirtschaft deutlich verbessert.

Seit Jahresbeginn herrscht in der Schweiz Hochkonjunktur. Der stärkste Wachstumsimpuls kommt von der Außenwirtschaft, wodurch auch die Investitionstätigkeit im Bereich der Anlagegüter einen Impuls bekommt. Im nächsten Jahr dürfte sich jedoch die Konjunktur etwas abkühlen. Im Einklang mit der globalen Wirtschaftsentwicklung dürfte die Schweizer Exportwirtschaft an Wachstumstempo verlieren. Die Inlandsnachfrage bleibt hingegen breit abgestützt. In den folgenden Jahren wird die Binnennachfrage das Wirtschaftswachstum vorantreiben. Die Investitionstätigkeit steigt und auch die Konsumausgaben bleiben robust. Im Prognosezeitraum dürfte die Schweizer Wirtschaft jährlich um 2 % zulegen. Die Arbeitslosenquote wird auf durchschnittlich 3.6 % geschätzt. Die Inflation wird durchschnittlich 1.3 % betragen.

Die Wirtschaft der **USA** erzielte im Zeitraum 2001 bis 2005 mit 2.6 % das höchste jährliche Durchschnittswachstum innerhalb der G-7 Länder. Seit der Mitte der 1990er Jahre gelang es der US-Industrie die Produktivität deutlich zu steigern, womit ein solides inflationsfreies Wachstum eingeleitet wurde. Die Wirtschaftskraft der USA stützt sich auf den privaten Konsum, der in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 3.1 % zugelegt und von einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik profitiert hat. Die Investitionen schrumpften in den Jahren 2001 und 2002. Die güterverarbeitende Industrie geriet in eine Rezession und der Einbruch der Finanzmärkte führte zu einer Zurückhaltung bei den Investitionen. Im Jahr 2003 begann sich die güterverarbeitende Industrie von der Rezession der Vorjahre zu erholen, und somit nahm auch die Bereitschaft der US-Unternehmer in Ausrüstungen zu investieren wieder zu. In den vergangenen zwei Jahren lag das Jahreswachstum dieses Wirtschaftsbereichs bei 9.5 %. Die Immobilienbranche verzeichnete einen Höhenflug, zurückzuführen auf niedrige Finanzierungskosten und das steigende Einkommen der privaten Haushalte. Mit der Beschäfti-

gungsbelegung in den vergangenen zwei Jahren hat die Arbeitslosigkeit abgenommen. Für den Zeitraum 2001 bis 2005 machte die Arbeitslosenquote 5.4 % aus. Die Inflation stieg im Jahresdurchschnitt auf 2.6 %, wobei sich im vergangenen Jahr der Preisdruck deutlich verstärkt hat.

Der Konsum der privaten Haushalte sowie die belebte Investitionstätigkeit der Industrie tragen im laufenden Jahr zur soliden Wirtschaftsentwicklung bei. Die Beschäftigung dürfte um 1.2 % steigen, gleichzeitig nimmt die Arbeitslosigkeit ab. Die starke nationale Nachfrage und die hohen Importpreise für Energie vergrößern das Leistungsbilanzdefizit der USA. Preisdruck geht vor allem von den Energieprodukten aus. Im nächsten Jahr werden die hohen Zinsen die Investitionstätigkeit in der Industrie bremsen. In den folgenden Jahren wird es Fortschritte in der Produktivität geben, von der Fiskal- und Geldpolitik des Landes ist hingegen kein stimulierender Effekt zu erwarten. Das hohe Budgetdefizit muss abgebaut werden. In der Geldpolitik ist keine weitere Straffung in Sicht. Mit einem Abbau des hohen Leistungsbilanzdefizits kann in den nächsten Jahren nicht gerechnet werden. Obwohl das Leistungsbilanzdefizit mehr als 6 % des BIP ausmachen wird, zeichnen sich keine Probleme für die Wirtschaft der USA ab, solange genug Kapital aus dem Ausland zur Finanzierung in die USA fließt. Im Prognosezeitraum wird das BIP der USA um durchschnittlich $3\frac{1}{4}$ % zulegen. Die Inflationsrate wird von 3.5 % im heurigen Jahr auf 2 % im Jahr 2010 zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird auf 4.6 % sinken.

Die **japanische** Wirtschaft wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.4 %. Nach einer schwachen Entwicklung in den Jahren 2001 und 2002 erlebte die japanische Wirtschaft den lang erwarteten Aufschwung. Erst die belebte Exportentwicklung im Jahr 2002 leitete einen Konjunkturaufschwung in der japanischen Wirtschaft ein. Einerseits profitierte die japanische Außenwirtschaft von der Nachfragebelegung in den USA, andererseits war auch die Wechselkurspolitik der *Bank of Japan* auf eine Verbesserung der Exportchancen des Landes ausgerichtet. Damit erreichte die japanische Wirtschaft ein Wachstum um 2.5 %. Die Produktivität hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Wachstumsraten reflektieren die Tatsache, dass die Strukturprobleme der japanischen Wirtschaft bewältigt worden sind. Die Haushaltsausgaben begannen zu steigen, weil auch die Nachfrage nach Arbeitskräften gestiegen ist. Es ist ein Trend zur selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung zu beobachten.

Im laufenden Jahr befindet sich die japanische Wirtschaft in einem konjunkturellen Hoch. Das Wachstum wird gegenwärtig von den Exporten getragen, weiters stützt die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte und Unternehmen die konjunkturelle Entwicklung. Steigende Löhne und Gehälter und das zunehmende Beschäftigungsausmaß tragen zum guten Ergebnis bei. Die gute konjunkturelle Entwicklung verbessert auch die Arbeitsmarktbedingungen. Somit dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2006 weiter abnehmen. In der Preisentwicklung kommt es zur erwarteten Trendumkehr. Im Jahr 2007 wird sich die japanische Konjunktur etwas abkühlen. In den folgenden Jahren wird die Belebung von der Binnennachfrage ausgehen. Vor allem wird der Konsum der Haushalte wieder stärker zunehmen, zurückzuführen auf verbesserte Bedingungen am Arbeitsmarkt. Der Überschuss im japanischen Außenhandel wird sich weiter erhöhen. Die deflationäre Preisentwicklung dürfte beendet sein. Im Prognosezeitraum wird die japanische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um $2\frac{1}{4}$ % zulegen.

Das solide Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer sowie der Beitrittskandidaten** und **Russlands** dürfte mittelfristig auf hohem Niveau bleiben. Durch die Festlegung des EU-Finanzrahmens für 2007-2013 und der Fördermittel für die einzelnen EU-Mitgliedsländer sowie für Rumänien und Bulgarien, ist mit einer Zunahme der von der Europäischen Union geförderten Projekte (vor allem Infrastrukturinvestitionen) zu rechnen, wodurch sich das Produktionspotenzial dieser Länder mittelfristig erhöhen wird.

Gleichzeitig wird das Wachstum durch unausweichlich gewordene Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Ungarn, Polen, Kroatien und Tschechien – und zusätzlich durch Maßnahmen zur Reduktion der hohen Leistungsbilanzdefizite in der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Kroatien – gedämpft. Die Budgetdefizite dieser Länder bleiben mittelfristig eine große Herausforderung für die Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien und für den Beitritt zum Wechselkursmechanismus II (WKM II) bzw. zur Europäischen Währungsunion (EWU). Während die Slowakei im November 2005 dem WKM II beitrug und Slowenien 2007 in die Eurozone aufgenommen wird, ist eine Mitgliedschaft der anderen Neu-Mitglieder in der Europäischen Währungsunion erst nach 2009 zu erwarten.

Steigende Exporte in Folge einer dynamischen Auslandsnachfrage und eine kräftige Inlandsnachfrage dürften sich positiv auf das BIP-Wachstum der mittel- und osteuropäischen Länder auswirken. Weitere Herausforderungen bleiben die Senkung der Arbeitslosigkeit in Polen, der Slowakei und Kroatien und die Dämpfung der Inflation.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **ungarische** BIP um 4.2 % gewachsen. Nach einer Verlangsamung des Wachstums in den Jahren 2002 und 2003 hat die ungarische Wirtschaft in den letzten beiden Jahren auch wegen der Umsetzung großer Infrastrukturprojekte wieder an Dynamik gewonnen. Die Exporte und die Investitionen dürften in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau bleiben und das Wachstum stützen. Die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung des Budget- und Leistungsbilanzdefizits könnten mittelfristig das Wachstum dämpfen. Im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2010 könnte das ungarische BIP-Wachstum dementsprechend $3\frac{3}{4}$ % erreichen.

Nach einer bescheidenen Entwicklung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (3 %) dürfte das **polnische** BIP-Wachstum 4 % im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2010 betragen. Hohe Investitionen finanziert aus EU-Fördermitteln werden das BIP-Wachstum stützen. Mit ca. 90 Mrd. Euro aus dem Strukturförderungstopf (ca. 60 Mrd. Euro), der Agrarförderung und der Forschungsförderung wird Polen im Zeitraum 2007 bis 2013 zum größten Empfängerland der EU. Kräftiger Konsum und höhere Exporte als Resultat einer dynamischen Auslandsnachfrage dürften das Wachstum ebenfalls antreiben. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die restriktive Geldpolitik und die notwendigen fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen dürften das Wachstum in der Prognoseperiode dämpfen.

In **Tschechien** sollte sich das Wachstum nach einem Durchschnitt von 3.6 % in den Jahren 2001 bis 2005 mittelfristig beschleunigen und im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2010 $4\frac{1}{4}$ % erreichen. Am Anfang der Prognoseperiode wird das Wachstum von den Exporten und den Anlageinvestitionen

getragen. Mit der Belebung des privaten Konsums werden die Importe steigen und der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum wird sinken. Die nächsten Jahre werden durch eine restriktivere Budget- und Geldpolitik geprägt sein, um das Budgetdefizit unter 3 % zu halten und die Bedingungen für die Teilnahme am WKM II und für die Euro-Einführung zu erfüllen. Wichtige Voraussetzungen um das Budgetdefizit zu reduzieren, sind Fortschritte bei der Renten- und Gesundheitsreform und eine zurückhaltende Ausgabenpolitik.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2001-2005 ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 4.6 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2010 dürfte sich die slowakische Wirtschaft mit einer BIP-Wachstumsrate von 5 ¼ % weiter dynamisch entwickeln. Am Anfang der Prognoseperiode werden die Auslandsnachfrage, die Investitionen und der private Konsum das Wachstum stützen. Die Senkung von Budgetdefizit und Arbeitslosigkeit sowie die Dämpfung der Inflation bleiben wichtige Herausforderungen. Weitere Arbeitsmarktreformen dürften sich mittelfristig positiv auf Beschäftigung und Wachstum auswirken. Eine restriktivere Budget- und Geldpolitik ist notwendig, um die Inflation zu dämpfen und die Voraussetzungen für den Beitritt zur EWU zu erfüllen.

Für **Slowenien** wird ein durchschnittliches Wachstum von 3 ¾ % für die Jahre 2006 bis 2010 erwartet, nach 3.4 % in den letzten fünf Jahren. Die Belebung der Konjunktur der wichtigsten Handelspartner (Deutschland, Italien, Frankreich) dürfte die Exporte begünstigen und zusammen mit der hohen Entwicklungsdynamik der Investitionen und des privaten Konsums zum BIP-Wachstum beitragen. Die EWU-Mitgliedschaft dürfte das BIP Sloweniens mittelfristig durch die verstärkte Handelsdynamik steigern. Darüber hinaus sollte sich die Anfälligkeit gegenüber Schocks weiter verringern und die Anpassungsfähigkeit verbessert werden.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **rumänische** BIP um 5.7 % gewachsen. In den nächsten fünf Jahren dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum in Rumänien auf 5 ½ % belaufen. Die Anlageinvestitionen und der private Konsum bleiben somit die bestimmenden Kräfte des BIP-Wachstums, während der Außenbeitrag dämpfend wirkt. Herausforderungen bleiben die weitere Implementierung der Wirtschaftsreformen in Hinblick auf den EU-Beitritt sowie die Senkung der Inflation und des Leistungsbilanzdefizits. In rasch wachsenden Ländern wie Rumänien und Bulgarien können negative Leistungsbilanzsalden als Folge des Aufholprozesses betrachtet werden. Allerdings ist es wichtig, dass die hohen Leistungsbilanzdefizite eine dynamische Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft und nicht zusätzlichen Konsum widerspiegeln.

Nach einem BIP-Wachstum von 4.9 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte die **bulgarische** Wirtschaft im Zeitraum 2006 bis 2010 ein durchschnittliches Wachstum von 5 ½ % erreichen. Diese dynamische Entwicklung wird von den Anlageinvestitionen und dem privaten Konsum angetrieben werden. Dämpfend wirkt dagegen der Außenbeitrag. Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen und institutionellen Reformen gilt als Voraussetzung für die Erreichung hoher Wachstumsraten in den nächsten Jahren. Mittelfristig bleibt die Senkung der hohen Arbeitslosigkeit und des hohen Leistungsbilanzdefizits die wichtigste Herausforderung.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **kroatische** BIP um 4.4 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2010 dürfte sich die kroatische Wirtschaft mit einer BIP-Wachstumsrate von 4 ¼ % weiterhin dynamisch entwickeln. Aufgrund schnell steigender Unternehmenskredite und Kredite an private Haushalte bleiben die Investitionen und der private Konsum in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau und stützen das Wachstum. Die verstärkten Reformbestrebungen des Kandidatenlandes Kroatien, die von den Beitrittsperspektiven motiviert sind, werden das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren fördern. Die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits, der Auslandsverschuldung und der Arbeitslosigkeit könnten mittelfristig das Wachstum dämpfen. Ein Stopp des Anstiegs der Auslandsschulden ist ein prioritäres Ziel der kroatischen Wirtschaftspolitik.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 6 % verzeichnet. Angetrieben von dynamischen Energieexporten und der Inlandsnachfrage dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2006 und 2010 5 ½ % betragen. Strukturelle Probleme der russischen Wirtschaft (unter anderem in der Verwaltung und im Gassektor) und ein allfälliger Rückgang der Ölpreise könnten das Wachstum negativ beeinflussen. Gleichzeitig dürfte sich die Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen positiv auf das BIP-Wachstum auswirken.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2001-2005	2006-2010
Welthandel	5.2	6 ½
BIP, real		
Deutschland	0.7	1 ½
Italien	0.6	1 ½
Frankreich	1.5	1 ¾
Vereinigtes Königreich	2.5	2 ½
Schweiz	1.0	2
USA	2.6	3 ¼
Japan	1.4	2 ¼
Polen	3	4
Slowakei	4.6	5 ¼
Tschechien	3.6	4 ¼
Ungarn	4.2	3 ¾
Slowenien	3.4	3 ¾
Bulgarien	4.9	5 ½
Rumänien	5.7	5 ½
Kroatien	4.4	4 ¼
Russland	6.0	5 ½
Euroraum	1.4	2
EU-25	1.7	2 ¼
OECD	2.1	2 ¾
Österreichische Exportmärkte	5.1	6
USD/EUR Wechselkurs*)	1.09	1.27
Rohölpreise**)	33.9	63

Quelle: EUROSTAT, IMF, OECD, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen.

*) absolute Werte

**) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Der Anteil der österreichischen Exporte am Welthandel betrug in den Jahren 2001 bis 2005 im Durchschnitt 1.2 %. Die Exportquote (Exporte i.w.S. laut VGR in Prozent des BIP) stieg von 47.8 % auf 54.3 %, die Quote der Warenexporte von 34.6 % auf 40.1 %. Dies unterstreicht, dass die außenwirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs an Bedeutung gewinnen. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre sind die Exporte um rund $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte schneller als die Exportmärkte Österreichs gewachsen, damit konnte die österreichische Exportwirtschaft Marktanteilsgewinne verzeichnen.

Der Verlauf der österreichischen Außenwirtschaft ist eng mit der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft und mit den Wechselkursschwankungen verbunden. In den Jahren 2001 bis 2005 hat sich die Wachstumsdynamik in der österreichischen Außenwirtschaft abgeschwächt. Der globale konjunkturelle Abschwung in den Jahren 2001 und 2002 bewirkte eine markante Verlangsamung in der österreichischen Exportentwicklung. Darüber hinaus dämpfte 2003 der Wertgewinn des Euro gegenüber dem USD die Exportchancen der österreichischen Außenwirtschaft. Mit der boomenden Weltkonjunktur gewannen die österreichischen Exporte in den vergangenen zwei Jahren wieder an Fahrt. Da die Importe auch von den Exporten mitbestimmt werden, zeigte sich hier ein ganz ähnlicher Konjunkturverlauf. Die Leistungsbilanz war im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 ausgeglichen. Das gute Ergebnis ist primär auf den Warenverkehr zurückzuführen, der seit 2002 positiv bilanziert.

Nach einer Abschwächung im Vorjahr gewinnt die österreichische Außenwirtschaft heuer wieder an Fahrt. Die exportorientierten Branchen Österreichs profitieren von der verbesserten Wirtschaftsleistung der Nachbarländer. Weit über dem langjährigen Durchschnitt liegt derzeit die Zuwachsrate der österreichischen Exporte nach Deutschland und Italien. Aufgrund der belebten Inlandsnachfrage in Österreich zieht jedoch auch die Importtätigkeit kräftig an. Der Verlauf der Importtätigkeit wird weiterhin dem Konjunkturpfad der Exporte folgen; darüber hinaus wird sich auch die Inlandsnachfrage besser als in den vergangenen Jahren entwickeln. Laut Prognose kommt es im gesamten Prognosezeitraum zu einem Überschuss in der Leistungsbilanz. 2010 könnte sich dieser auf 2 % des BIP belaufen.

Die nominellen Warenexporte wuchsen im Zeitraum 2001 bis 2005 im Jahresdurchschnitt um 7.1 %. Während in den Jahren 2001 und 2002, den Jahren mit schwachem Euro, vergleichsweise hohe Wachstumsraten im Export verzeichnet wurden, verringerte sich das Exportwachstum mit der Wechselkursaufwertung dramatisch. Einbrüche wurden 2003 vor allem bei den Exporten in Drittstaaten verzeichnet. Durch die starke globale Nachfrage erlebte die österreichische Exportwirtschaft 2004 einen Höhenflug, besonders gut entwickelten sich die Exporte nach Amerika und Asien. Im Zeitraum 2001 bis 2005 ist der Anteil der österreichischen Warenexporte in den Euroraum an den gesamten österreichischen Warenexporten von 54.2 % auf 52.8 % gesunken. Der Anteil der Exporte nach Amerika hat hingegen an Bedeutung gewonnen.

Im Jahr 2006 gewinnt die Wachstumsdynamik bei den österreichischen Exporten wieder an Fahrt. Die österreichische Außenwirtschaft profitiert dabei insbesondere von der konjunkturellen Belebung der deutschen und der italienischen Wirtschaft. Demnach dürfte 2006 das nominelle Wachstum der gesamten österreichischen Warenexporte 10.4 % ausmachen. Die österreichischen Exporte in den Euro-Raum werden 2006 voraussichtlich um 11 % wachsen. Auch dürfte die Nachfrage aus Nordamerika heuer wieder besser als 2005 laufen. Die nachlassende internationale Konjunkturdynamik, auch verursacht durch die straffe Geldpolitik in den Industrieländern, wird jedoch das Wachstum der österreichischen Exportmärkte in den kommenden Jahren etwas dämpfen. Im Prognosezeitraum werden die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 8.2 % zulegen. In regionaler Betrachtung wird voraussichtlich der Handel mit den Ländern des Euroraums und mit den neuen Ländern der EU ausgebaut.

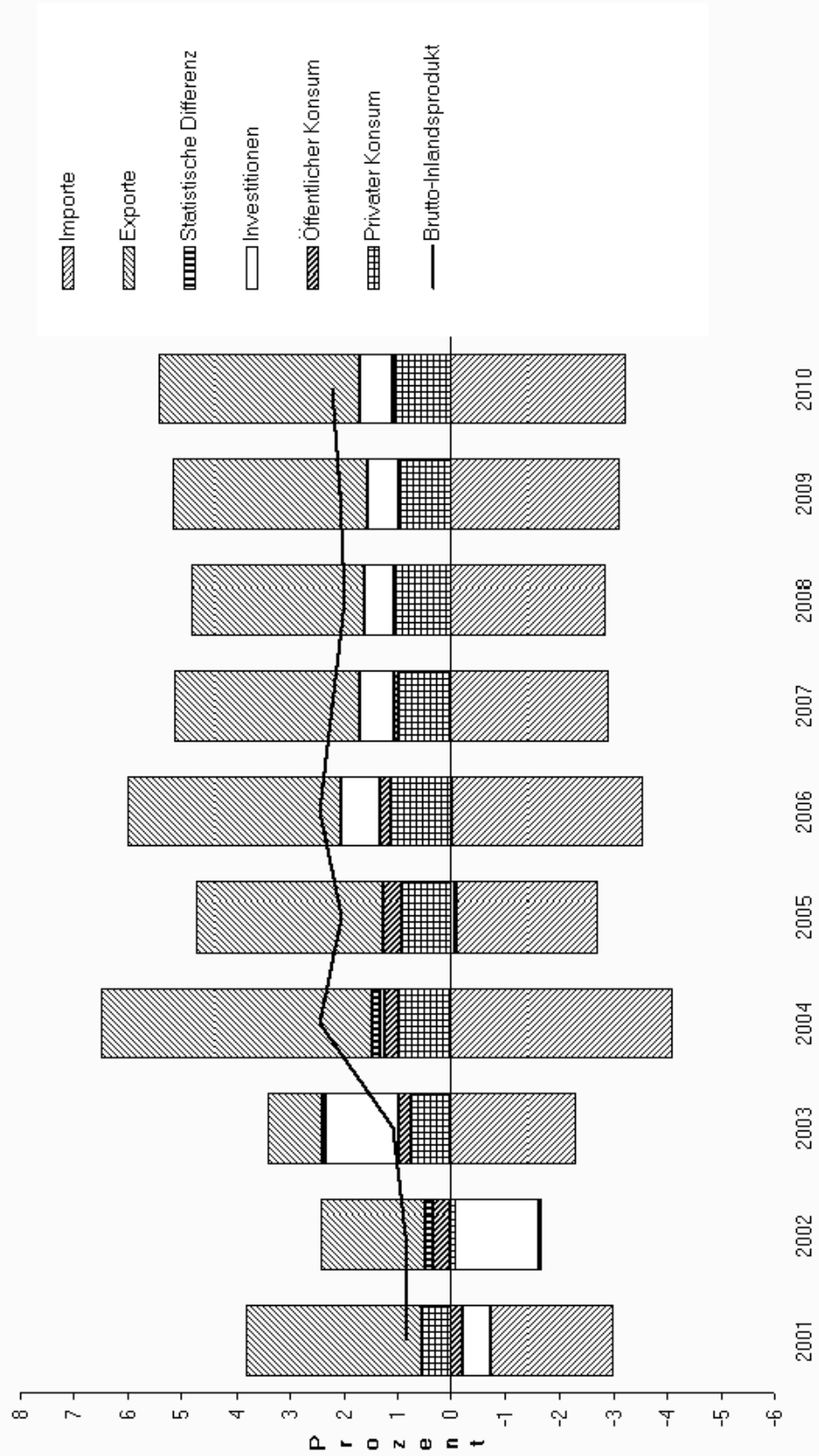
Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren um 5.6 %. Aufgrund des besseren Konjunkturklimas und dem Anziehen der Inlandsnachfrage wird das nominelle Importwachstum heuer 10.4 % betragen. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum durchschnittlich 7.5 % betragen. Die österreichische Handelsbilanz, die seit 2002 einen Überschuss ausweist, wird auch in den kommenden Jahren positiv abschließen und dies mit steigenden Überschüssen.

Die österreichische Tourismusindustrie erzielte in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum von 4.5 %. Die höchsten Zuwächse wurden im Jahr 2001 verzeichnet. Die heimischen Unternehmen profitierten damals von den politischen Unsicherheiten, die sich weltweit verbreiteten. Aufgrund der schwachen konjunkturellen Lage in den Nachbarländern fielen die Zuwächse in den folgenden Jahren geringer aus. Mit der Festigung der internationalen Konjunktur nimmt im laufenden Jahr die Auslandsnachfrage nach Urlauben in Österreich wieder etwas stärker zu. In den folgenden Jahren ist mit einer leichten Nachfrageverlangsamung zu rechnen, insgesamt entwickelt sich der Tourismus aber weiterhin recht dynamisch.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 5.9 %. Im Prognosezeitraum werden sie mit derselben Rate zulegen. Von der Abwärtstendenz bei den Exportpreisen wird ein leicht positiver Impuls ausgehen. Die realen Warenexporte werden um 7 % wachsen, verglichen mit 6.4 % in den vergangenen fünf Jahren. Im Prognosezeitraum werden die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 1.8 % zunehmen. Noch im laufenden Jahr ist mit einem Aufleben der Importkonjunktur zu rechnen. Die Wachstumsdynamik wird sich jedoch im nächsten Jahr leicht abschwächen. Die realen Importe i.w.S. werden somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 5.7 % wachsen, nach 4.8 % in den vergangenen fünf Jahren. Bei den realen Warenimporten wird ein durchschnittliches Wachstum von 6.4 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsexporte dürften um durchschnittlich 1.8 % zulegen.

Die Stärke der österreichischen Exportwirtschaft lässt sich an der Leistungsbilanzentwicklung ablesen. Während in der Vergangenheit meist Defizite verzeichnet wurden, betrug der Leistungsbilanzüberschuss 2005 bereits 1.2 % des BIP. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg wird der Leistungsbilanzüberschuss mehr als 1 % des BIP betragen und könnte 2010 sogar 2 % des BIP ausmachen.

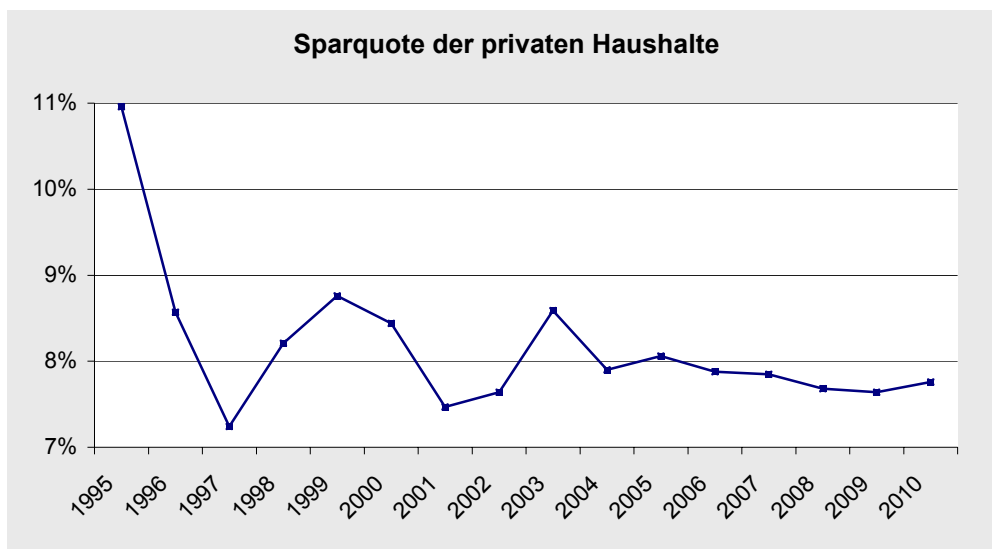
Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

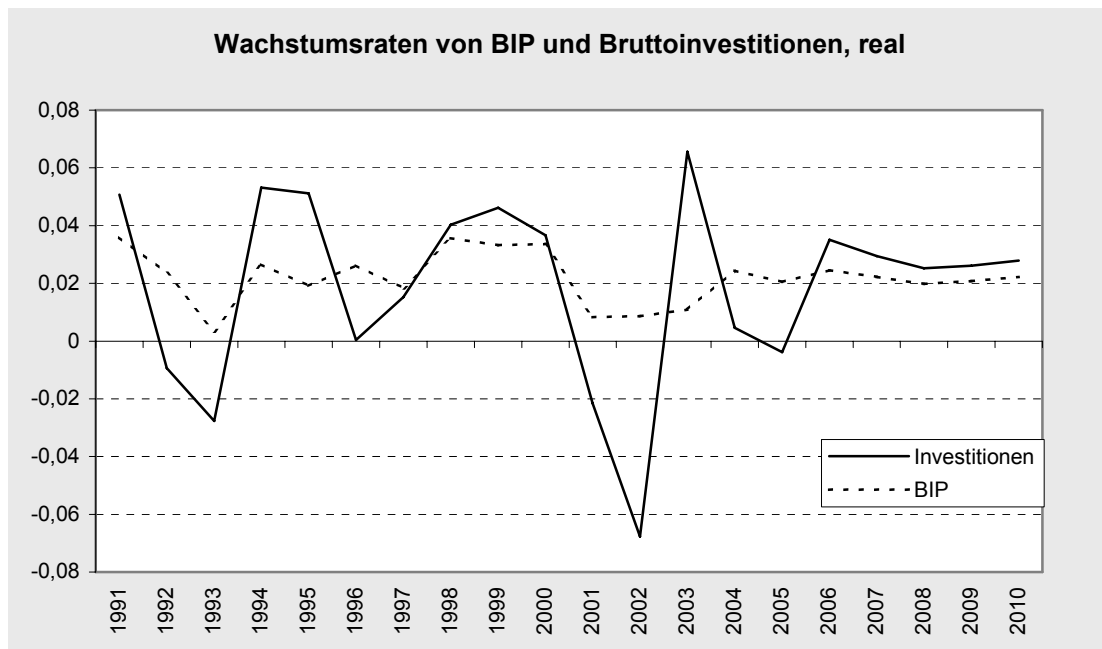
Während des Prognosezeitraums folgt der **private Konsum** der Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen, steigt jedoch mit durchschnittlich 1.9 % in konstanten Preisen etwas rascher als die real verfügbaren Einkommen (1.7 %). Entsprechend geht die **Sparquote der Haushalte** geringfügig von 8.1 % im Jahr 2005 auf 7.8 % im Jahr 2010 zurück.

Im Detail sind hier mehrere, teils gegenläufige Entwicklungen zu beobachten. Einerseits ist der Prognosezeitraum durch eine eher mäßige, aber stabile Einkommensdynamik geprägt, an der sich die Haushalte ohne Unsicherheiten orientieren und längerfristig planen können. Die Sparquote war in den vergangenen Jahren oft ungewollten Bewegungen durch unvorhergesehene Einkommensentwicklungen ausgesetzt gewesen, vor allem 2003 und im Jahr der Steuerreform 2005. In der Folge sollte es zu einem Abbau der Sparquote durch Orientierung der Haushalte an den eigentlichen Sparzielen und zu einer verstärkten Wiederaufnahme der Anschaffungstätigkeit kommen. Auch die im internationalen Vergleich befriedigende Gebarung der öffentlichen Budgets wirkt eher belebend auf die private Nachfrage. Zum anderen bleibt aber der Hintergrund eines zunehmenden Bedarfs nach individueller Absicherung bestehen, vor allem aus dem Motiv der Alterung der Bevölkerung und dadurch erschwelter Pensionsvorsorge. Der letztere Effekt verhindert einen stärkeren Rückgang der Haushaltssparquote im Prognosezeitraum. Demgegenüber dürften von der Entwicklung des Zinssatzes derzeit und auch in naher Zukunft keine wesentlichen Impulse auf den Konsum ausgehen.



Die Grafik zeigt die längerfristige Entwicklung der Haushaltssparquote. Die Werte der vergangenen Jahre beruhen auf vorläufigen Zahlen und Eigenberechnungen des Instituts. Nach 2003 pendelt sich diese wichtige Messgröße auf einem Niveau von knapp unter 8 % ein und weist nur im Jahr der Steuerreform einen geringfügig höheren Wert auf. Die starken Schwankungen früherer Jahre sind verebbt. Die stabile Einkommensentwicklung und der moderate Preisauftrieb ermöglichen es den Haushalten, gleichzeitig ihre mittelfristigen Sparziele im Auge zu behalten und ihre Nachfrage der Einkommenssituation anzupassen.

Die realen **Bruttoinvestitionen** stellen die volatilste Komponente der Nachfrageseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dar. Daher tragen die Investitionen wesentlich zu den Konjunkturschwankungen des Bruttoinlandsprodukts bei, obwohl sie nur rund ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung ausmachen. Ungeachtet der teils kräftigen Schwankungen in einzelnen Jahren war die Periode 2001 bis 2005 insgesamt von einer ausgeprägten Investitionsschwäche gekennzeichnet. Die gesamten realen Bruttoinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und Lagerbestandsveränderungen) gingen in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 0,6 % zurück. Eine anhaltende Schwäche der Sachkapitalbildung ist problematisch, da die Investitionen der Erneuerung und der Ausweitung des Kapitalstocks dienen. Auch wenn die Bedeutung des physischen Kapitalstocks für das Wirtschaftswachstum tendenziell abnimmt, stellt das Sachkapital nach wie vor eine wichtige Bestimmungsgröße für das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft dar. Dieser gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Investitionen wird die Wirtschaftspolitik durch die Gewährung steuerlicher Anreize gerecht. So wurden von 2002 bis 2004 zusätzliche Investitionen mittels einer Investitionszuwachsprämie gefördert.



Allgemein wird die Sachkapitalbildung von den Erwartungen über die Profitabilität der geplanten Investitionen bestimmt. Wichtige Bestimmungsgrößen der Investitionstätigkeit sind mithin die erwartete Nachfrage sowie die Finanzierungskosten der Investitionsprojekte. Angesichts des prognostizierten moderaten Wirtschaftswachstums kann damit gerechnet werden, dass die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum auf einen soliden Wachstumspfad einschwenken wird. Auch wenn die Kapitalmarktzinsen leicht anziehen dürften, werden die Finanzierungsbedingungen die Sachkapitalbildung weiterhin begünstigen. Die Institutsprognose erwartet ein durchschnittliches Wachstum der realen Bruttoinvestitionen von 2.9 % im Zeitraum 2006 bis 2010.

Die realen **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) haben in der Fünfjahresperiode 2001 bis 2005 insgesamt stagniert. Dabei kam es in einzelnen Jahren zu beträchtlichen Schwankungen. So sanken die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2002 um knapp 8 % und stiegen im folgenden Jahr wieder um annähernd 7 %. Vor allem die Investitionen in Fahrzeuge verhielten sich in den vergangenen fünf Jahren sehr volatil. Über den gesamten Zeitraum betrachtet stagnierten sie. Die Käufe neuer Maschinen und Geräte sanken im Durchschnitt der zurückliegenden fünf Jahre um 0.9 %, vor allem aufgrund eines kräftigen Rückgangs im Jahr 2002. Lediglich die Investitionen in sonstige Anlagen (vor allem Computersoftware und Lizenzen) konnten im Zeitraum 2001 bis 2005 ein deutliches Wachstum erzielen. Vor dem Hintergrund der robusten Konjunkturentwicklung sowie angesichts der jüngeren Investitionsschwäche ist für den Prognosezeitraum mit einer deutlichen Belebung der Sachkapitalbildung zu rechnen. Die Wachstumsrate von 5.0 % im Jahr 2006 erklärt sich vor allem durch die Realisierung aufgeschobener Investitionsprojekte. Im gesamten Zeitraum 2006 bis 2010 sollte sich die durchschnittliche Wachstumsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen auf 3.6 % belaufen.

Die realen **Bauinvestitionen** sind im Zeitraum 2001 bis 2005 durchschnittlich um 0.4 % gesunken. Verantwortlich für diese negative Entwicklung war der Wohnbau mit einem jahresdurchschnittlichen Rückgang um 3.0 %. 2004 und 2005 konnte der negative Trend gestoppt werden. In den kommenden Jahren dürften vom Wohnbau leicht positive Wachstumsimpulse ausgehen. Die anhaltende Zunahme der Wohnbevölkerung in Österreich macht einen verstärkten Ausbau des Wohnungsangebots notwendig. Laut Schätzungen der Österreichischen Raumordnungskonferenz werden im Zeitraum 2001 bis 2011 jährlich 46,000 neue Wohnungen benötigt. Mit dem zunehmenden Einkommen steigt darüber hinaus das Anspruchsniveau an den Wohnraum. Daher wird in den kommenden Jahren auch die Sanierung bestehender Wohnungen die Bautätigkeit stützen. Mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 1.4 % entwickelten sich die Nichtwohnbauinvestitionen in den zurückliegenden fünf Jahren positiver als der Wohnbau. Maßgeblich hierfür waren die kräftigen Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand. Für den Prognosezeitraum ist mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung zu rechnen. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit den östlichen Nachbarstaaten erfordert die Modernisierung und den Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur in diesem Bereich. Aber auch andere Verkehrsadern in Österreich werden neu- oder ausgebaut. Insgesamt sieht der Generalverkehrsplan der Bundesregierung im Zeitraum 2002 bis 2011 Investitionen von 17.1 Mrd. Euro vor. Die gesamten realen Bauinvestitionen dürften im Zeitraum 2006 bis 2010 durchschnittlich um 2.1 % ausgeweitet werden.

Die Prognose über die Entwicklung der **öffentlichen Haushalte** ist vor allem auf der Ausgabenseite durch Annahmen geprägt. Für die ersten Jahre wird im wesentlichen das aktuelle Stabilitätsprogramm zugrunde gelegt und für die Jahre 2009 und 2010 die Annahme der Fortsetzung der Politik des ausgeglichenen Budgets. Das Stabilitätsprogramm sieht vor, dass nach einer ersten starken Rückführung des Budgetdefizits im Jahr 2007, im darauffolgenden Jahr ein ausgeglichenes Budget erreicht wird. Die Rückführung des Defizits setzt Maßnahmen auf der Ausgabenseite voraus, da allein über die höheren Einnahmen gegenüber den Vorjahren, das Ziel nicht erreicht werden kann. Um dies zu gewährleisten wird unterstellt, dass einerseits die Verwaltungsreform II zügig umgesetzt wird und andererseits die Haushaltsrechtsreform ihre Wirkungen entfaltet und Ausgabensteigerungen moderat ausfallen. Wichtig wird auch sein, dass die Länder ihre Anstrengungen erhöhen und stärker als in den letzten Jahren zur gesamtstaatlichen Defizitrückführung beitragen. Diese Annahmen bedeuten, dass sich der reale öffentliche Konsum im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 0.5 % nur schwach entwickeln wird.

Unterstellt man die Rückführung des Defizits und die Aufrechterhaltung des ausgeglichenen Budgets, dann kann eine rasche Senkung des Schuldenstandes erreicht werden. In diesem Fall würde zu Ende des Prognosezeitraums der öffentliche Schuldenstand auf etwa 56 % des BIP sinken und damit die Zinsbelastung zukünftiger Budgets deutlich gesenkt werden. Damit wird auch die 60 % Referenzgrenze des Maastricht-Kriteriums deutlich unterschritten.

Auf der Einnahmenseite folgt durch das Auslaufen der Steuerreform wiederum ein stärkeres Wachstum. Im betrachteten Zeitraum steigen die Produktionsabgaben um durchschnittlich 3.1 %, die Sozialversicherungsbeiträge inklusive der imputierten Sozialbeiträge sowie die direkten Abgaben der Haushalte insgesamt um etwa 3.6 %. Damit liegen im Schnitt die Einnahmen deutlich über dem durchschnittlichen Wachstum des nominellen öffentlichen Konsums mit etwas über 2.4 %, sowie auch über dem Wachstum der monetären Transfers (Pensionszahlungen, Arbeitslosenleistungen etc.) mit 2.5 %.

Im europäischen Vergleich stellt sich die budgetäre Situation trotz der beiden Steuerreformetappen immer noch günstig dar. So wiesen im Jahr 2005 fünf Länder des Währungsraumes, Niederlande (-0.3 %), Belgien (0.1 %), Irland (1.0 %), Spanien (1.1 %) und Finnland (2.6 %), teilweise deutlich geringere Defizite bzw. sogar erhebliche Überschüsse auf, während die anderen sechs Länder, Luxemburg (-1.9 %), Frankreich (-2.9 %), Deutschland (-3.3 %), Italien (-4.1 %), Griechenland (-4.5 %) und Portugal (-6.0 %), doch großteils deutlich höhere Defizite aufweisen.

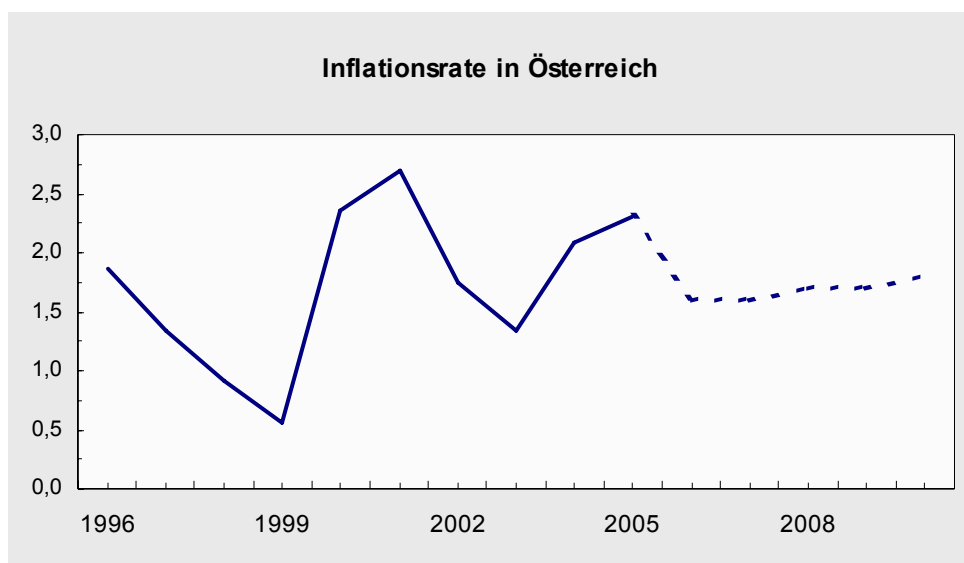
Die unterstellte Fiskalpolitik bietet nach bzw. am Ende des Prognosezeitraums Spielraum für eine weitere Absenkung der Abgabenquote. Eine solche würde den Wirtschaftsstandort stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft im internationalen Umfeld verbessern.

Die Lohnprognose fußt auf der Annahme, dass die Lohnverhandlungen auch in Zukunft den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern folgen werden. Dies bedeutet, dass die Lohnabschlüsse auch weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet sein werden und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs gesichert bleibt. Im Zeitraum 2001 bis 2005 haben die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-**

Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um lediglich $1\frac{3}{4}\%$ zugenommen. Die Reallöhne haben damit seit dem Jahr 2000 praktisch stagniert und sind deutlich hinter dem moderaten Produktivitätswachstum, das bei 1% lag, zurückgeblieben.

Im Prognosezeitraum erwartet das Institut eine dynamischere Lohnentwicklung, die den Spielraum zur Erhöhung der Realeinkommen der Arbeitnehmer ausschöpft. Der jahresdurchschnittliche Anstieg der Arbeitnehmerentgelte wird demnach $2\frac{1}{2}\%$ betragen. Die Reallöhne werden mit einem durchschnittlichen Wachstum von $\frac{3}{4}\%$ näher an der Arbeitsproduktivität von $1\frac{1}{4}\%$ zu liegen kommen.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war die **Inflationsrate** in Österreich mit einem jahresdurchschnittlichen Wert von lediglich $1\frac{1}{2}\%$ ausnehmend niedrig. Die vergangenen fünf Jahre waren von einer Reihe von Sonderfaktoren geprägt, die zu volatiltem und auch erhöhtem Preisauftrieb geführt haben. Neben den merkbaren Schwankungen des USD/EUR-Wechselkurses, dem BSE-Skandal und dem zeitweiligen Anziehen der Mieten haben insbesondere die kräftigen und persistenten Auftriebstendenzen bei den Rohölpreisen zu anhaltend hohen Anstiegen des Verbraucherpreisindex beigetragen. Notierte der Ölpreis Ende des Jahres 2001 noch unter 20 USD, so erreichte er im laufenden Jahr Höchststände von 80 USD. Angesichts dieses Anstieges, der Vergleiche mit den Preisentwicklungen während der Ölkrisen in den 1970er und 1980er nicht zu scheuen braucht, ist es erstaunlich wie stabil sich die Verbraucherpreise entwickelt haben. Vor diesem Hintergrund ist der verzeichnete Anstieg der Verbraucherpreise von jahresdurchschnittlich 2% im Zeitraum 2001-2005 als moderat zu bezeichnen. Die mittelfristige Prognose geht von der Annahme aus, dass sich die wesentlichen exogenen Bestimmungsfaktoren für die Preisentwicklung günstig entwickeln werden. Dies beinhaltet eine Entspannung auf den Energiemärkten, eine stabile Wechselkursentwicklung und die Beibehaltung einer beschäftigungs- und stabilitätsorientierten Lohnpolitik. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut daher einen Anstieg der Verbraucherpreise um etwa $1\frac{3}{4}\%$.



Nach dem primär konjunkturbedingten Anstieg der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt im Zeitraum 2001 bis 2005 zeichnet die Prognose des **Arbeitsmarkts** für die nächsten fünf Jahre ein verhalten optimistisches Bild. Gekennzeichnet wird die Entwicklung durch eine sehr kräftige Arbeitskräfte-nachfrage sowie eine – sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingte – starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebots. Insgesamt gesehen sollte die Arbeitslosigkeit im Laufe des Prognosezeitraums etwas zurückgehen. Im Jahresverlauf 2006 hat die Beschäftigungsnachfrage an Dynamik gewonnen und im 2. Quartal wurde der höchste Beschäftigungszuwachs seit Ende der 1990er Jahre des vorigen Jahrhunderts erzielt. Im weiteren Prognosezeitraum wird sich die Beschäftigungsdynamik zwar etwas verlangsamen, aber weiterhin kräftig bleiben. Die Nachfrage nach Aktiv-Beschäftigten (ohne KindergeldbezieherInnen und Präsenzdienler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) wird bis 2010 um rund 150,000 Personen zunehmen. Der durchschnittliche Anstieg der Beschäftigung liegt damit bei 1 %. Die vorliegende Vorschau unterstellt, dass es weiterhin gelingt, die Stille Reserve, insbesondere bei den Frauen, zu mobilisieren. Es wird auch davon ausgegangen, dass die günstige Situation bei der Beschäftigungsnachfrage die Integration von älteren Personen in den Arbeitsmarkt erleichtert. Weiters wird sich die Internationalisierung des österreichischen Arbeitsmarkts fortsetzen.

Aufgrund des weiterhin expansiven Arbeitskräfteangebots (Frauen, Pensionsreform, Ausländer) schlägt sich die kräftige Beschäftigungsnachfrage nicht in einem analogen Rückgang in der Arbeitslosenzahl wider. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen wird im Prognosezeitraum auf einem Niveau von knapp 250,000 Personen verharren. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird im Durchschnitt des Prognosezeitraums 6.9 % betragen. Ausgehend von 7.3 % im Jahr 2005 fällt die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2010 auf 6.8 %. Die Arbeitslosenquote laut EUROSTAT-Definition wird sich zu Ende des Prognosezeitraums auf 4.8 % belaufen.

Die Stärke des österreichischen Arbeitsmarktes zeigt sich in der deutlichen Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze. Positiv ist dabei die verstärkte Integration von Frauen und älteren Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt zu bewerten. Auch die zusätzlichen qualifizierten ausländischen Arbeitskräfte tragen dazu bei, die Standortqualität Österreichs zu erhöhen. Im internationalen Vergleich ist die Arbeitslosenquote zwar immer noch relativ gering, die für österreichische Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit dokumentiert aber strukturelle Probleme.

In der Vergangenheit war das Lehrlingssystem hauptverantwortlich für die geringe Jugendarbeitslosigkeit. Bei den Jugendlichen kommt es aber zu immer größeren Problemen, was sich in einer kräftig gestiegenen Arbeitslosenquote manifestiert. Einerseits sinkt das Angebot an Lehrstellen, andererseits wachsen die Anforderungen an die Arbeitssuchenden. Die jüngsten Maßnahmen der Regierung (z. B. Blum-Bonus) haben dazu beigetragen das Lehrstellenangebot zu erhöhen und die Jugendarbeitslosigkeit zu senken. Längerfristig sind diese Maßnahmen aber sehr teuer. Insgesamt gesehen sind daher grundlegende Reformen im Lehrlingssystem notwendig. Eine Aufwertung der Lehre könnte auch einem Fachkräftemangel gegensteuern. Notwendig sind aber auch verstärkte Anstrengungen im Bildungsbereich. Insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund bestehen gravierende Sprach- und Ausbildungsdefizite. Dem Problem lernschwacher Jugendlicher muss verstärkte Aufmerk-

samkeit gewidmet werden. Nur durch frühe Interventionen können Probleme am Arbeitsmarkt vermieden werden.

Generell lassen der Strukturwandel und die zunehmenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitsmarktes die Entwicklung von Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens angeraten erscheinen. Hierbei wäre eine noch stärkere Zusammenarbeit von Akteuren der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik und der Betriebe wünschenswert. Insbesondere bei den älteren Arbeitnehmern sind zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen notwendig. Weiters könnte eine gezielte Entlastung bei den Lohnnebenkosten die Beschäftigungssituation am österreichischen Arbeitsmarkt verbessern.

Durch die Globalisierung und die EU-Osterweiterung werden weniger qualifizierte Arbeitnehmer zunehmend unter Druck geraten. Weitere Aktivitäten zur Erleichterung, Beschleunigung, aber auch sozialverträglichen Gestaltung von Reallokationsprozessen am Arbeitsmarkt sind daher wünschenswert. Durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten negative Folgen für wenig qualifizierte heimische Arbeitskräfte abgefedert werden. Generell ist daher die Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zu begrüßen. Sichergestellt muss aber werden, dass diese Mittel effizient eingesetzt werden. Eine dauernde Evaluation der Programme aber auch eine langfristig angelegte Planung der Maßnahmen sind notwendig.

5. Monetäre Prognose

Die Zinszyklen im Euroraum und den USA befinden sich gegenwärtig in unterschiedlichen Stadien. Während die Leitzinsen im Euroraum, ausgehend von einem Niveau von 2 %, seit Dezember des vergangenen Jahres langsam steigen, scheint in den USA der Höhepunkt des Zinszyklus nahezu erreicht. Auf der nächsten Sitzung des Offenmarktausschusses der Fed Anfang August könnte es noch zu einer weiteren Zinsanhebung kommen, danach wird jedoch mit keinen weiteren Erhöhungen mehr gerechnet. Ausgehend von einem Niveau von 1 % hat die US-Notenbank Fed den Zielsatz für Taggeld seit Juni 2004 in insgesamt 17 Schritten auf 5.25 % erhöht.

Im Euroraum hingegen wird mit weiter steigenden Leitzinsen gerechnet. Momentan liegt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank (EZB) bei 2.75 %, und bereits in der nächsten Sitzung im August könnte es zu einem weiteren Zinsschritt kommen. Die EZB sieht bei dem gegenwärtigen Zinsniveau das primäre Ziel ihrer geldpolitischen Strategie, die Preisstabilität im Euroraum, gefährdet. Gemessen wird die Preisstabilität insbesondere durch den Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum, wobei mittelfristig eine Inflationsrate von höchstens 2 % angepeilt wird. In den Jahren 2004 und 2005 wurde dieser Wert mit 2.1 % und 2.2 % geringfügig übertroffen, für die Monate Jänner bis Juni 2006 betrug die durchschnittliche Jahresinflation bereits 2.4 % und lag damit deutlich über dem Richtwert. Auch das Geldmengenwachstum, das bereits seit Juli des vergangenen Jahres Werte von über 8 % aufweist, deutet auf die Gefahr einer steigenden Inflation hin. Vor dem Hintergrund einer robusten Konjunktur im Euroraum wird deshalb mit weiteren Zinserhöhungen der EZB gerechnet.

Die japanische Notenbank (BoJ) hat ihre faktische Nullzinspolitik beendet und im Juli ihre Leitzinsen zum ersten Mal seit Jahren wieder angehoben. Der Diskontsatz, welcher seit September 2001 bei 0.1 % gelegen hatte, wurde auf 0.4 % erhöht. Dies ist ein sichtbares Zeichen dafür, dass Japan die Phase stagnierender Wirtschaft und deflationärer Preisentwicklung endgültig verlassen hat. Zudem wurde auch wieder ein leichter Anstieg der Verbraucherpreise verzeichnet. Die BoJ dürfte die Zinsen unter Berücksichtigung von Konjunktur- und Inflationsdaten weiter vorsichtig anheben.

Aufgrund der Geldpolitik der EZB steigen auch die Geldmarktzinsen im Euroraum. Während Ende September 2005 der 3-Monats-Euribor noch bei 2.18 % quotiert wurde, betrug der entsprechende Wert Ende Juni 2006 3.06 %. Aufgrund der Einschätzung der Zinspolitik der EZB werden für die Geldmärkte weiter steigende Zinsen erwartet. Das Institut sieht den 3-Monatssatz im Prognosezeitraum bei durchschnittlich 3.3 %.

Auch an den europäischen Rentenmärkten sind die Renditen in den vergangenen Monaten gestiegen. Staatsanleihen im Eurogebiet mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen Ende Juni 2006 eine Rendite von 4.13 % auf. Ende Juni 2005 hatte die entsprechende Rendite noch 3.17 % betragen. Die Steilheit der Zinskurve, gemessen an der Differenz zwischen 10-Jahres-Rendite und 3-Monats-Zins, hat zuletzt allerdings nicht wesentlich zugenommen. Die genannte Differenz betrug Ende Juni 2006

107 Basispunkte, was in etwa dem Wert des Vorjahres entspricht. Das Renditeniveau im Euroraum liegt nach wie vor unter jenem in den USA, wo die Anleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit Ende Juni bei 5.15 % rentierten. Bereits seit April 2004 liegen die langfristigen Renditen im Euroraum unter den entsprechenden US-Renditen; für die nächsten Jahre wird jedoch aufgrund der Konjunkturerwicklung und der oben angeführten Zinspolitik der EZB mit steigenden Renditen gerechnet. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut folglich eine durchschnittliche 10-Jahres-Rendite in Höhe von 4.4 %.

Die europäische Einheitswährung hat im laufenden Jahr gegenüber dem Dollar aufgewertet. Betrag der Wechselkurs Ende 2005 noch 1.18 USD/EUR, so wurde die europäische Einheitswährung Ende Juni an den Devisenmärkten zu 1.27 USD/EUR gehandelt. Mit dem baldigen Ende des Zinserhöhungszyklus in den USA und den gleichzeitig steigenden Zinsen im Euroraum könnte allerdings die Attraktivität des Euro künftig steigen und der Euro entsprechend aufwerten. Mit dem Ende des US-Zinsvorsprungs werden voraussichtlich verstärkt andere fundamentale Bestimmungsfaktoren des Dollar in den Vordergrund des Interesses rücken, insbesondere das amerikanische Leistungsbilanzdefizit. Das US-Leistungsbilanzdefizit hatte 2004 bzw. 2005 5.7 % bzw. 6.3 % betragen, und die Zahlen für 2006 deuten auf keine wesentliche Defizitverringering. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für das kommende Jahr eine leichte Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)		2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	212,141 0,8%	213,959 0,9%	216,289 1,1%	221,570 2,4%	226,098 2,0%	231,648 2,5%	236,795 2,2%	241,476 2,0%	246,507 2,1%	251,993 2,2%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	215,878 2,6%	220,841 2,3%	226,243 2,4%	235,819 4,2%	245,103 3,9%	255,406 4,2%	265,061 3,8%	274,826 3,7%	285,406 3,8%	297,255 4,2%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (2000=100)	101,761 1,8%	103,217 1,4%	104,603 1,3%	106,431 1,7%	108,406 1,9%	110,256 1,7%	111,937 1,5%	113,811 1,7%	115,780 1,7%	117,962 1,9%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (1986=100)	141,361 2,7%	143,839 1,8%	145,766 1,3%	148,794 2,1%	152,235 2,3%	154,671 1,6%	157,146 1,6%	159,817 1,7%	162,534 1,7%	165,460 1,8%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	35,625 1,5%	36,450 2,3%	37,165 2,0%	37,683 1,4%	38,389 1,9%	39,464 2,8%	40,450 2,5%	41,461 2,5%	42,498 2,5%	43,645 2,7%
LEA	UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3066,879 0,4%	3051,925 -0,5%	3057,409 0,2%	3078,544 0,7%	3110,407 1,0%	3153,953 1,4%	3179,185 0,8%	3207,797 0,9%	3233,460 0,8%	3265,794 1,0%
UR	ARBEITSLÖSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,082 0,244	6,861 0,779	7,010 0,149	7,084 0,075	7,254 0,170	6,911 -0,343	6,940 0,030	6,949 0,009	6,819 -0,130	6,781 -0,037
BPC	LEISTUNGSBILANZ (MRD. €) ABSOLUTE DIFFERENZEN	-4,132 1,224	0,747 4,879	-0,479 -1,226	0,355 0,834	3,013 2,658	3,561 0,548	4,058 0,498	4,538 0,480	5,070 0,532	5,965 0,895

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1	0,535	-0,077	0,739	0,982	0,907	1,115	0,970	1,020	0,934	1,016
Var2	0,029	0,109	0,001	0,082	0,049	0,041	0,033	0,035	0,035	0,038
Var3	-0,227	0,318	0,218	0,249	0,345	0,198	0,089	0,044	0,043	0,084
Var4	-0,503	-1,535	1,376	0,102	-0,082	0,743	0,628	0,544	0,565	0,607
Var5	0,194	-0,808	0,637	-0,067	0,013	0,471	0,362	0,274	0,296	0,329
Var6	-0,534	-0,534	0,579	0,192	0,052	0,288	0,254	0,219	0,219	0,230
Var7	-0,022	0,171	0,065	0,134	-0,024	-0,009	0,000	0,004	0,004	0,004
Var8	3,285	1,928	1,010	5,011	3,462	3,929	3,423	3,191	3,619	3,708
Var9	2,239	1,767	0,789	4,708	2,361	3,542	3,123	2,918	3,284	3,434
Var10	1,046	0,168	0,222	0,369	1,109	0,422	0,331	0,306	0,374	0,320
Var11	-2,264	-0,057	-2,320	-4,117	-2,613	-3,562	-2,921	-2,861	-3,115	-3,232
Var12	-1,570	0,086	-2,344	-4,076	-2,401	-3,325	-2,748	-2,671	-2,915	-3,079
Var13	-0,694	-0,134	-0,023	-0,136	-0,253	-0,298	-0,225	-0,242	-0,260	-0,228
GDP	0,831	0,857	1,089	2,442	2,043	2,455	2,222	1,977	2,084	2,225

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1	22,685 -0,692	20,970 -1,715	22,105 1,135	21,677 -0,427	21,163 -0,514	21,381 0,218	21,531 0,150	21,647 0,116	21,758 0,111	21,878 0,120
UREU	3,6 -0,1	4,2 0,6	4,3 0,1	4,8 0,5	5,2 0,4	4,9 -0,3	4,9 0,0	4,9 0,0	4,8 -0,1	4,8 0,0
Var4	3,253 -0,380	3,480 0,227	2,865 -0,615	2,382 -0,483	1,574 -0,808	2,323 0,749	2,806 0,483	2,826 0,020	2,770 -0,056	2,866 0,096
Var5	34,968 -0,4%	35,326 1,0%	35,458 0,4%	35,283 -0,5%	35,321 0,1%	35,668 1,0%	35,945 0,8%	36,225 0,8%	36,438 0,6%	36,760 0,9%
PRLEA	6,917 0,4%	7,011 1,4%	7,074 0,9%	7,197 1,7%	7,269 1,0%	7,345 1,0%	7,448 1,4%	7,528 1,1%	7,624 1,3%	7,716 1,2%
Var6	0,0 1,5	-0,5 -0,5	-1,5 -1,0	-1,1 0,4	-1,5 -0,4	-1,8 -0,3	-0,8 1,0	0,0 0,8	0,0 0,0	0,0 0,0

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
C\$	119,019 2,9%	120,375 1,1%	123,936 3,0%	128,554 3,7%	133,001 3,5%	138,185 3,9%	143,077 3,5%	148,289 3,6%	153,736 3,7%	159,476 3,7%
CNP\$	3,912 2,9%	4,138 5,8%	4,195 1,4%	4,439 5,8%	4,574 3,0%	4,763 4,1%	4,931 3,5%	5,110 3,6%	5,296 3,6%	5,499 3,8%
CP\$	38,924 0,7%	40,092 3,0%	41,419 3,3%	42,697 3,1%	44,469 4,1%	45,970 3,4%	46,893 2,0%	47,809 2,0%	48,839 2,2%	50,114 2,6%
IF\$	48,648 -1,1%	45,804 -5,8%	49,175 7,4%	50,193 2,1%	50,909 1,4%	53,579 5,2%	55,835 4,2%	57,924 3,7%	60,215 4,0%	62,763 4,2%
IFE\$	21,879 2,6%	20,277 -7,3%	21,690 7,0%	21,726 0,2%	22,122 1,8%	23,368 5,6%	24,365 4,3%	25,148 3,2%	26,083 3,7%	27,160 4,1%
IFC\$	25,792 -2,8%	24,823 -3,8%	26,423 6,4%	27,454 3,9%	28,133 2,5%	29,413 4,5%	30,631 4,1%	31,744 3,6%	32,897 3,6%	34,159 3,8%
DIF\$	-0,001 -0,150	0,000 0,002	-0,529 -0,529	-0,126 0,402	0,492 0,619	0,601 0,109	0,601 0,000	0,609 0,007	0,616 0,007	0,623 0,007
VD\$	210,501 1,5%	210,410 0,0%	218,196 3,7%	225,757 3,5%	233,446 3,4%	243,097 4,1%	251,337 3,4%	259,741 3,3%	268,701 3,4%	278,475 3,6%
X\$	103,270 8,0%	107,681 4,3%	109,584 1,8%	121,716 11,1%	133,056 9,3%	144,969 9,0%	155,129 7,0%	164,873 6,3%	176,246 6,9%	188,298 6,8%
M\$	97,894 5,6%	97,250 -0,7%	101,536 4,4%	111,655 10,0%	121,399 8,7%	132,661 9,3%	141,405 6,6%	149,788 5,9%	159,542 6,5%	169,518 6,3%
GDP\$	215,878 2,6%	220,841 2,3%	226,243 2,4%	235,819 4,2%	245,103 3,9%	255,406 4,2%	265,061 3,8%	274,826 3,7%	285,406 3,8%	297,255 4,2%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
C	116,826 1,0%	116,662 -0,1%	118,243 1,4%	120,366 1,8%	122,374 1,7%	124,895 2,1%	127,143 1,8%	129,559 1,9%	131,813 1,7%	134,318 1,9%
CNP	3,864 1,6%	4,095 6,0%	4,098 0,1%	4,275 4,3%	4,384 2,6%	4,477 2,1%	4,553 1,7%	4,635 1,8%	4,718 1,8%	4,812 2,0%
CP	38,174 -1,2%	38,848 1,8%	39,314 1,2%	39,852 1,4%	40,616 1,9%	41,063 1,1%	41,268 0,5%	41,371 0,3%	41,475 0,3%	41,682 0,5%
IF	48,124 -2,2%	44,867 -6,8%	47,810 6,6%	48,030 0,5%	47,849 -0,4%	49,529 3,5%	50,984 2,9%	52,271 2,5%	53,635 2,6%	55,131 2,8%
IFE	21,743 1,9%	20,030 -7,9%	21,393 6,8%	21,248 -0,7%	21,276 0,1%	22,340 5,0%	23,178 3,8%	23,827 2,8%	24,541 3,0%	25,351 3,3%
IFC	25,418 -4,2%	24,286 -4,5%	25,526 5,1%	25,940 1,6%	26,056 0,4%	26,707 2,5%	27,295 2,2%	27,814 1,9%	28,342 1,9%	28,909 2,0%
DIF	0,101 -0,047	0,465 0,363	0,604 0,139	0,893 0,289	0,841 -0,053	0,821 -0,020	0,821 0,000	0,831 0,010	0,841 0,010	0,851 0,010
VD	207,090 -0,2%	205,718 -0,7%	211,680 2,9%	213,598 0,9%	215,092 0,7%	219,784 2,2%	223,769 1,8%	227,667 1,7%	231,477 1,7%	235,788 1,9%
X	102,506 7,2%	106,597 4,0%	108,759 2,0%	119,596 10,0%	127,266 6,4%	136,150 7,0%	144,079 5,8%	151,636 5,2%	160,375 5,8%	169,515 5,7%
M	97,455 5,1%	97,575 0,1%	102,538 5,1%	111,443 8,7%	117,233 5,2%	125,287 6,9%	132,053 5,4%	138,828 5,1%	146,350 5,4%	154,318 5,4%
GDP	212,141 0,8%	213,959 0,9%	216,289 1,1%	221,570 2,4%	226,098 2,0%	231,648 2,5%	236,795 2,2%	241,476 2,0%	246,507 2,1%	251,993 2,2%

TAB. 4 : PREISINDIZES (2000 = 100)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PC	101,877 1,9%	103,183 1,3%	104,815 1,6%	106,803 1,9%	108,684 1,8%	110,640 1,8%	112,532 1,7%	114,457 1,7%	116,631 1,9%	118,731 1,8%
PCP	101,964 2,0%	103,204 1,2%	105,354 2,1%	107,140 1,7%	109,486 2,2%	111,950 2,3%	113,629 1,5%	115,560 1,7%	117,756 1,9%	120,229 2,1%
PIF	101,088 1,1%	102,089 1,0%	102,854 0,7%	104,502 1,6%	106,396 1,8%	108,178 1,7%	109,514 1,2%	110,814 1,2%	112,268 1,3%	113,842 1,4%
PIFE	100,626 0,6%	101,234 0,6%	101,387 0,2%	102,252 0,9%	103,977 1,7%	104,601 0,6%	105,124 0,5%	105,544 0,4%	106,283 0,7%	107,133 0,8%
PIFC	101,470 1,5%	102,211 0,7%	103,516 1,3%	105,836 2,2%	107,970 2,0%	110,129 2,0%	112,222 1,9%	114,130 1,7%	116,070 1,7%	118,159 1,8%
PVD	101,648 1,6%	102,281 0,6%	103,078 0,8%	105,693 2,5%	108,533 2,7%	110,607 1,9%	112,320 1,5%	114,088 1,6%	116,081 1,7%	118,104 1,7%
PX	100,745 0,7%	101,017 0,3%	100,759 -0,3%	101,773 1,0%	104,549 2,7%	106,478 1,8%	107,670 1,1%	108,729 1,0%	109,897 1,1%	111,080 1,1%
PM	100,451 0,5%	99,667 -0,8%	99,023 -0,6%	100,190 1,2%	103,553 3,4%	105,886 2,3%	107,082 1,1%	107,895 0,8%	109,014 1,0%	109,850 0,8%
PGDP	101,761 1,8%	103,217 1,4%	104,603 1,3%	106,431 1,7%	108,406 1,9%	110,256 1,7%	111,937 1,5%	113,811 1,7%	115,780 1,7%	117,962 1,9%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE I.T. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
XG\$	74,665 7,0%	78,031 4,5%	79,236 1,5%	90,137 13,8%	98,403 9,2%	108,642 10,4%	117,410 8,1%	125,683 7,0%	135,509 7,8%	146,102 7,8%
XSO\$	15,205 12,9%	15,743 3,5%	15,800 0,4%	16,757 6,1%	19,225 14,7%	20,243 5,3%	21,059 4,0%	21,856 3,8%	22,792 4,3%	23,653 3,8%
XST\$	13,400 8,4%	13,907 3,8%	14,548 4,6%	14,822 1,9%	15,428 4,1%	16,084 4,3%	16,660 3,6%	17,333 4,0%	17,945 3,5%	18,542 3,3%
X\$	103,270 8,0%	107,681 4,3%	109,584 1,8%	121,716 11,1%	133,056 9,3%	144,969 9,0%	155,129 7,0%	164,873 6,3%	176,246 6,9%	188,298 6,8%
MG\$	75,855 4,1%	74,236 -2,1%	78,026 5,1%	87,380 12,0%	95,831 9,7%	105,780 10,4%	113,462 7,3%	120,643 6,3%	128,962 6,9%	137,642 6,7%
M\$O\$	13,142 12,9%	14,210 8,1%	14,226 0,1%	15,485 8,8%	17,180 10,9%	18,137 5,6%	18,869 4,0%	19,727 4,5%	20,776 5,3%	21,721 4,6%
M\$T\$	8,897 9,1%	8,804 -1,0%	9,284 5,5%	8,790 -5,3%	8,388 -4,6%	8,744 4,2%	9,075 3,8%	9,418 3,8%	9,804 4,1%	10,155 3,6%
M\$	97,894 5,6%	97,250 -0,7%	101,536 4,4%	111,655 10,0%	121,399 8,7%	132,661 9,3%	141,405 6,6%	149,788 5,9%	159,542 6,5%	169,518 6,3%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
XG	74,479 6,8%	78,228 5,0%	79,915 2,2%	90,099 12,7%	95,330 5,8%	103,337 8,4%	110,571 7,0%	117,482 6,3%	125,412 6,8%	133,877 6,8%
XSO	15,005 11,4%	15,242 1,6%	15,337 0,6%	16,141 5,2%	18,218 12,9%	18,899 3,7%	19,419 2,8%	19,856 2,3%	20,501 3,3%	21,065 2,8%
XST	13,022 5,4%	13,142 0,9%	13,522 2,9%	13,517 0,0%	13,897 2,8%	14,170 2,0%	14,418 1,8%	14,706 2,0%	14,963 1,8%	15,188 1,5%
X	102,506 7,2%	106,597 4,0%	108,759 2,0%	119,596 10,0%	127,266 6,4%	136,150 7,0%	144,079 5,8%	151,636 5,2%	160,375 5,8%	169,515 5,7%
MG	76,198 4,5%	76,016 -0,2%	81,031 6,6%	89,847 10,9%	95,168 5,9%	102,686 7,9%	109,052 6,2%	115,377 5,8%	122,415 6,1%	130,005 6,2%
MSO	12,602 8,3%	13,235 5,0%	13,005 -1,7%	13,933 7,1%	15,043 8,0%	15,569 3,5%	15,959 2,5%	16,397 2,8%	16,889 3,0%	17,312 2,5%
MST	8,655 6,1%	8,307 -4,0%	8,585 3,4%	7,951 -7,4%	7,402 -6,9%	7,550 2,0%	7,682 1,8%	7,817 1,8%	7,954 1,8%	8,093 1,8%
M	97,455 5,1%	97,575 0,1%	102,538 5,1%	111,443 8,7%	117,233 5,2%	125,287 6,9%	132,053 5,4%	138,828 5,1%	146,350 5,4%	154,318 5,4%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (2000 = 100)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
PXG	100,250 0,2%	99,749 -0,5%	99,150 -0,6%	100,043 0,9%	103,224 3,2%	105,134 1,9%	106,185 1,0%	106,981 0,8%	108,051 1,0%	109,132 1,0%
PXSO	101,334 1,3%	103,285 1,9%	103,018 -0,3%	103,818 0,8%	105,527 1,6%	107,110 1,5%	108,449 1,3%	110,076 1,5%	111,177 1,0%	112,288 1,0%
PXST	102,900 2,9%	105,822 2,8%	107,590 1,7%	109,655 1,9%	111,015 1,2%	113,513 2,3%	115,556 1,8%	117,867 2,0%	119,930 1,8%	122,089 1,8%
PX	100,745 0,7%	101,017 0,3%	100,759 -0,3%	101,773 1,0%	104,549 2,7%	106,478 1,8%	107,670 1,1%	108,729 1,0%	109,897 1,1%	111,080 1,1%
PMG	99,550 -0,5%	97,659 -1,9%	96,291 -1,4%	97,254 1,0%	100,697 3,5%	103,013 2,3%	104,043 1,0%	104,563 0,5%	105,348 0,8%	105,874 0,5%
PMSO	104,284 4,3%	107,368 3,0%	109,389 1,9%	111,138 1,6%	114,205 2,8%	116,489 2,0%	118,236 1,5%	120,306 1,8%	123,012 2,3%	125,473 2,0%
PMST	102,800 2,8%	105,987 3,1%	108,138 2,0%	110,553 2,2%	113,317 2,5%	115,810 2,2%	118,126 2,0%	120,488 2,0%	123,260 2,3%	125,478 1,8%
PM	100,451 0,5%	99,667 -0,8%	99,023 -0,6%	100,190 1,2%	103,553 3,4%	105,886 2,3%	107,082 1,1%	107,895 0,8%	109,014 1,0%	109,850 0,8%
Var1	100,293 0,3%	101,355 1,1%	101,753 0,4%	101,580 -0,2%	100,962 -0,6%	100,559 -0,4%	100,549 0,0%	100,773 0,2%	100,810 0,0%	101,120 0,3%
Var2	100,703 0,7%	102,140 1,4%	102,969 0,8%	102,867 -0,1%	102,509 -0,3%	102,059 -0,4%	102,059 0,0%	102,312 0,2%	102,566 0,2%	103,077 0,5%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OENB (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BPG										
SALDO GUETER	-1,403	3,765	0,967	2,498	2,762	3,185	3,956	4,741	5,947	7,360
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,587	5,168	-2,798	1,531	0,264	0,423	0,771	0,785	1,206	1,413
BPST										
SALDO REISEVERKEHR	2,439	3,096	3,147	3,961	5,129	5,347	5,517	5,768	5,907	6,073
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,127	0,657	0,051	0,814	1,168	0,218	0,170	0,251	0,139	0,166
BPSO										
SALDO SONST. DIENSTE	-0,375	-2,479	-1,500	-2,063	-1,384	-1,222	-1,415	-1,771	-2,284	-2,668
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,194	-2,104	0,979	-0,563	0,679	0,162	-0,193	-0,356	-0,513	-0,384
BPOP										
SALDO EINKOMMEN	-3,441	-1,689	-1,049	-1,794	-1,376	-1,500	-1,700	-1,800	-2,000	-2,200
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,780	1,752	0,640	-0,745	0,418	-0,124	-0,200	-0,100	-0,200	-0,200
BPTR										
SALDO TRANSFERS	-1,352	-1,946	-2,044	-2,247	-2,118	-2,250	-2,300	-2,400	-2,500	-2,600
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,096	-0,594	-0,098	-0,203	0,129	-0,132	-0,050	-0,100	-0,100	-0,100
BPC										
LEISTUNGSBILANZ	-4,132	0,747	-0,479	0,355	3,013	3,561	4,058	4,538	5,070	5,965
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,224	4,879	-1,226	0,834	2,658	0,548	0,498	0,480	0,532	0,895

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Var1										
IMPORTQUOTE, GESAMT	45,347	44,036	44,879	47,348	49,530	51,941	53,348	54,503	55,900	57,028
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,291	-1,311	0,843	2,468	2,182	2,411	1,407	1,155	1,397	1,128
Var2										
IMPORTQUOTE, GUETER	35,138	33,615	34,488	37,054	39,098	41,416	42,806	43,898	45,185	46,304
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,491	-1,523	0,873	2,566	2,044	2,318	1,390	1,092	1,288	1,119
Var3										
EXPORTQUOTE, GESAMT	47,837	48,759	48,436	51,614	54,286	56,760	58,526	59,992	61,753	63,346
ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,400	0,922	-0,323	3,178	2,671	2,475	1,766	1,466	1,761	1,593
Var4										
EXPORTQUOTE, GUETER	34,587	35,334	35,022	38,223	40,148	42,537	44,295	45,732	47,479	49,150
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,425	0,747	-0,311	3,201	1,925	2,389	1,758	1,437	1,747	1,671
Var5										
LEISTUNGSBILANZQUOTE	-1,914	0,338	-0,212	0,151	1,229	1,394	1,531	1,651	1,776	2,007
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,632	2,252	-0,550	0,362	1,079	0,165	0,137	0,120	0,125	0,230

TAB. 10 : ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
POPWAT	5209,600 0,3%	5237,400 0,5%	5266,300 0,6%	5300,900 0,7%	5333,300 0,6%	5358,700 0,5%	5381,800 0,4%	5407,500 0,5%	5430,600 0,4%	5459,900 0,5%
TLFPR	71,528 0,4%	71,892 0,5%	72,262 0,5%	72,199 -0,1%	72,618 0,6%	72,981 0,5%	73,266 0,4%	73,588 0,4%	73,765 0,2%	74,052 0,4%
TLF	3726,338 0,7%	3765,279 1,0%	3805,538 1,1%	3827,170 0,6%	3872,940 1,2%	3910,842 1,0%	3943,019 0,8%	3979,280 0,9%	4005,870 0,7%	4043,190 0,9%
Var1	3366,418 0,3%	3394,716 0,8%	3416,968 0,7%	3424,478 0,2%	3454,451 0,9%	3478,125 0,7%	3495,156 0,5%	3516,638 0,6%	3527,036 0,3%	3547,597 0,6%
DLFFOR	359,920 4,1%	370,563 3,0%	388,570 4,9%	402,693 3,6%	418,489 3,9%	432,717 3,4%	447,862 3,5%	462,642 3,3%	478,834 3,5%	495,594 3,5%
SEG	374,300 0,4%	377,700 0,9%	380,700 0,8%	384,700 1,1%	390,000 1,4%	394,875 1,3%	398,824 1,0%	404,008 1,3%	408,049 1,0%	412,129 1,0%
DLF	3352,038 0,7%	3387,579 1,1%	3424,838 1,1%	3442,470 0,5%	3482,940 1,2%	3515,967 0,9%	3544,195 0,8%	3575,272 0,9%	3597,822 0,6%	3631,061 0,9%
LEA	3066,879 0,4%	3051,925 -0,5%	3057,409 0,2%	3078,544 0,7%	3110,407 1,0%	3153,953 1,4%	3179,185 0,8%	3207,797 0,9%	3233,460 0,8%	3265,794 1,0%
LENACT	81,275 2,5%	103,236 27,0%	127,351 23,4%	120,047 -5,7%	119,879 -0,1%	119,040 -0,7%	119,040 0,0%	119,040 0,0%	119,040 0,0%	119,040 0,0%
UN	203,883 4,9%	232,418 14,0%	240,079 3,3%	243,880 1,6%	252,654 3,6%	242,974 -3,8%	245,970 1,2%	248,434 1,0%	245,322 -1,3%	246,227 0,4%
UR	6,082 0,244	6,861 0,779	7,010 0,149	7,084 0,075	7,254 0,170	6,911 -0,343	6,940 0,030	6,949 0,009	6,819 -0,130	6,781 -0,037

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
GDP\$	215,878 2,6%	220,841 2,3%	226,243 2,4%	235,819 4,2%	245,103 3,9%	255,406 4,2%	265,061 3,8%	274,826 3,7%	285,406 3,8%	297,255 4,2%
YWGG\$	109,256 1,9%	111,244 1,8%	113,630 2,1%	116,009 2,1%	119,404 2,9%	124,466 4,2%	128,598 3,3%	133,000 3,4%	137,415 3,3%	142,537 3,7%
BUSE	81,589 4,2%	83,672 2,6%	87,117 4,1%	93,070 6,8%	98,128 5,4%	102,653 4,6%	107,185 4,4%	111,524 4,0%	116,629 4,6%	122,133 4,7%
PASUB	25,033 0,5%	25,925 3,6%	25,497 -1,7%	26,739 4,9%	27,570 3,1%	28,287 2,6%	29,277 3,5%	30,302 3,5%	31,362 3,5%	32,585 3,9%
YF\$	-5,172 27,8%	-2,731 -47,2%	-2,030 -25,7%	-2,780 36,9%	-2,493 -10,3%	-2,418 -3,0%	-2,418 0,0%	-2,418 0,0%	-2,418 0,0%	-2,418 0,0%
DEP\$	30,671 5,0%	31,704 3,4%	32,573 2,7%	33,775 3,7%	35,055 3,8%	36,281 3,5%	37,551 3,5%	38,772 3,3%	40,129 3,5%	41,433 3,3%
Y\$	180,035 1,6%	186,405 3,5%	191,640 2,8%	199,264 4,0%	207,555 4,2%	216,707 4,4%	225,092 3,9%	233,636 3,8%	242,859 3,9%	253,404 4,3%
YT\$	-0,861 -16,6%	-2,111 145,2%	-2,158 2,2%	-2,419 12,1%	-2,077 -14,2%	-2,035 -2,0%	-2,035 0,0%	-2,035 0,0%	-2,035 0,0%	-2,035 0,0%
NE\$	179,173 1,7%	184,294 2,9%	189,481 2,8%	196,844 3,9%	205,479 4,4%	214,672 4,5%	223,057 3,9%	231,601 3,8%	240,824 4,0%	251,369 4,4%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Robert Kunst, Ulrich Schuh, Edith Skriner, Ludwig Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2006-20010

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 43

Redaktion: Isabella Andrej

© 2006 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
